

Gegen Kohl und Kapital Verteidigt das Streikrecht!



Volle Mobilisierung mit Kampfprogramm

In den letzten Wochen hat sich die Empörung der Arbeiter und Angestellten über die von der Rechtsregierung geplante Änderung des §116 AFG in einer ganzen Serie von Warnstreiks, betrieblichen Protestaktionen, Kundgebungen und Demonstrationen niedergeschlagen. Rund 550.000 Kollegen folgten den Aufrufen des DGB und insbesondere der IG-Metall und legten die Arbeit nieder.

Die Kohl-Regierung, die jetzt grundlegende gewerkschaftliche Rechte einschränken will, ist eine Regierung der Kapitalisten! Das wurde deutlich an der Haltung zur 35-Stundenwoche, die von Kohl als

durchpeitschen.

Jetzt ist keine Zeit mehr für Gespräche, jetzt muß gehandelt werden. Wir können uns nur auf unsere eigene Kraft verlassen.

Der DGB ruft zu Informationsaktionen am 1.2. und am 1.3. auf. Vom 3.2. bis zum 7.2. sollen Flugblattaktionen vor den Betrieben stattfinden.

Im Frühjahr stehen Tarifrunden im öffentlichen Dienst, Metallbereich und einigen anderen Branchen an. Insgesamt 11 Mio. Arbeitnehmer sind betroffen. Der Kampf gegen die Änderung des §116 und die Lohnrunden sollten miteinander verbunden werden. Statt jetzt einzelne Bereiche der Gewerkschaften zur Aktion zu rufen, wäre ein gemeinsamer Streik, ein 24stündiger General-

24-Stunden-Generalstreik vorbereiten

„dumm und töricht“ bezeichnet wurde. Mit ihrer unsocialen Sparpolitik bei gleichzeitig explodierenden Unternehmensgewinnen wollte die Regierung die Kosten der kapitalistischen Krise auf die Schultern der arbeitenden Menschen abwälzen.

Am Ende der Aktionswoche des DGB im Oktober fanden machtvolle Kundgebungen mit 600.000 Teilnehmern statt. Unglücklicherweise verband die DGB-Spitze den Aufruf mit der Forderung nach einer „anderen Politik der Regierung“. Doch wie kann man von einer bürgerlichen Regierung Arbeiterpolitik erwarten? Die DGB-Spitze verpaßte die Chance, sofortige Neuwahlen zu erzwingen und die Arbeiterpartei SPD an die Macht zu bringen!

Auch jetzt sind alle Verhandlungen, Gespräche, Kompromißlösungen beim §116 gescheitert. Blüms Aufforderung, „bessere Formulierungsvorschläge“ vorzulegen, ist ein Ablenkungsmanöver. Die Regierung will die Gesetzesänderung jetzt

streik, ein wirkungsvolles Druckmittel gegen die Unternehmer und ihre Regierung. In einem gemeinsamen Streik wird die ganze Kraft der organisierten Arbeiterbewegung deutlich. Der DGB sollte jetzt eine Kampagne zur Vorbereitung des Generalstreiks und zur Mobilisierung der Kollegen beginnen. Am Streiktag selbst könnten die beteiligten Kollegen mit Flugblättern, Kundgebungen und Demonstrationen in der Öffentlichkeit werben. Wenn die Drucker mitstreiken, können sie eine DGB-Streikzeitung in Massenaufgabe herstellen.

Doch die Vorbereitungen müssen jetzt beginnen. Betriebsversammlungen, Konferenzen der Vertrauensleute, Betriebs- und Personalräte auf allen Ebenen sollten die Einzelheiten diskutieren und planen, damit die Aktion zu einem vollen Erfolg wird.

Leo Schiffer, Köln
SPD-Mitglied

Sklavenarbeit in deutschen Firmen während der Nazizeit, brutale Ausbeutung von rechtlosen ausländischen Arbeitern, wie es Günter Wallraff beschrieben hat, das alles kennzeichnet die „Moral“ der herrschenden Klasse. Ohne starke Organisationen der Arbeiterbewegung wäre solche Behandlung auch unsere Zukunft. Ohne Kampf um gewerkschaftliche, politische und soziale Rechte hätten wir auch heute noch Zustände wie im vorigen Jahrhundert.

Denn das Kapital hat nichts freiwillig, etwa aus Menschenfreundlichkeit, zugestanden. Alles mußte erkämpft werden. Auch dann war es nicht ein für allemal gesichert. Besonders in Krisenzeiten des kapitalistischen Systems greifen die Herrschenden erkämpfte Errungenschaften immer wieder an. Denn sie wollen die Lasten der Krise auf die Arbeiter abwälzen, um ihre Profite zu sanieren. Starke Gewerkschaften stehen ihnen dabei natürlich im Weg.

Das ist der Hintergrund für die Angriffe aller bürgerlichen Regierungen der kapitalistischen Länder auf die gewerkschaftlichen Rechte. Mit der geplanten Änderung des Streikrechts (§116) will Kohl nun dem Beispiel Reagans in den USA und Thatchers in Großbritannien folgen.

Beim Kampf um die 35-Stunden-Woche hatte Herr Kohl den Arbeitgebern versprochen, das Streikrecht baldmöglichst zu ändern. Die Zeit ist offenbar gekommen.

Was bedeutet die Gesetzesänderung für die kämpfenden Arbeiter? Es bedeutet eine Einschränkung ihrer Kampfmöglichkeiten. Denn der Entwurf sieht praktisch vor, den Un-

ternehmern die kalte Aussperrung problemlos zu ermöglichen. Wenn in einem Tarifbezirk gestreikt wird, besteht für Arbeitgeber in anderen Tarifgebieten die Möglichkeit, Produktionsstops mit dem Streik zu begründen. Auf diese Weise können sie „kalt aussperren“. Mit der Änderung des §116 ständen die Kollegen dann auf der Straße.

„Gemeinsame Kasse“?

Denn sie sollen kein Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld mehr erhalten: In einer Anzeigenkampagne der Metall-Arbeitgeber heißt es unter der Überschrift „Tarifautonomie: Kein Streikgeld aus fremden Taschen“: „Um es klarzustellen: Niemand will den Gewerkschaften ihr Streikrecht nehmen. Aber der Staat darf nicht mit Geldern einseitig Arbeitskämpfe beeinflussen. Deshalb muß der §116 des AFG so geändert werden, daß Schluß ist mit dem Griff der IG-Metall in die gemeinsame Kasse.“

Wer aber erwirtschaftet das Geld für die „gemeinsame“ Kasse? Arbeiter oder Kapitalisten? Es handelt sich eben nicht um staatliche Gelder,

sondern um unser aller Beitragszahlungen, auf die wir einen Anspruch haben.

Keine Kompromisse

So kämpfen Kohl und Konsorten (besonders immer-noch-Gewerkschafter Blüm) für die Interessen ihrer Freunde vom Großkapital. Und die Gewerkschaften? Sie verletzen sich zunächst aufs Verhandeln. Doch Kompromisse kann es in einer so grundlegenden Frage nicht geben. Auch die Hoffnungen auf die CDU-Sozialausschüsse als angeblichem „Arbeitnehmerflügel“ sind völlig fehl am Platz. Hat man denn beim DGB vergessen, daß die Sozialausschüsse nur zu Wahlkampfzeiten aus dem Käfig gelassen werden, um Arbeiterstimmen zu ködern, ansonsten aber an der Leine der Kapitalinteressen liegen? Nein, Appelle an eine bürgerliche Regierung, an die sog. Sozialausschüsse, an Städtetag und das Gewissen von CDU-Abgeordneten sind rein vergeblich.

Über 100 Jahre Arbeiterbewegung lehren: die arbeitende Bevölkerung muß ihre Interessen selbst verteidigen und kann sich nicht auf das Wohlwollen oder gar die Hilfe der Unternehmerseite verlassen. Millionen Arbeiter und Angestellte erwarten jetzt vom DGB eine klare Antwort! Der Provokation der Kohl-Regierung muß entschiedenes Handeln entgegengesetzt werden.

Uli Matzenbacher, Hannover
SPD-Mitglied

Krise — Je später desto schärfer

Zwar gab es in der Bundesrepublik zum Jahresende eine Rekordarbeitslosigkeit von 2,347 Mio., mit Dunkelziffer rund 3,5 Mio., doch immerhin: Wir befinden uns im Aufschwung! Bürgerliche Wirtschaftsinstitute und Bundesregierung propagieren in einer Optimismuskampagne einen „konjunkturellen Marathonlauf“ mindestens bis in das Jahr 1987 hinein. Dabei ist die deutsche Wirtschaft mit ihrer Produktion kaum über den vor der letzten Krise erreichten Stand hinausgekommen.

Wir erleben einen Mini-Aufschwung mit widersprüchlichen Merkmalen. Zum ersten Mal sank die Arbeitslosigkeit im Aufschwung nicht, sondern stieg sogar an. Das minimale Wirtschaftswachstum in den wirtschaftlich entwickelten OECD-Ländern kam zu 70% wegen der verstärkten Nachfrage in den USA zustande. Ohne Reagans Wirtschaftspolitik und dem damit verbundenen überhöhten Dollarkurs wäre selbst der Mini-Aufschwung nicht möglich gewesen. Mit dem Beginn der nächsten Krise war eigentlich zum Jahreswechsel 1985/86 zu rechnen. Der Prozeß des Überganges vom Wachstum der Wirtschaft zur Schrumpfung hat sich verlängert. Die herrschende Klasse international, besonders in den USA, fürchtet die Auswirkungen der kommenden Krise. Sie weiß, um welchen Preis der jetzt laufende Mini-Boom erkauft wurde und will ihren Kopf noch einmal aus der Schlinge ziehen.

Nachkriegsboom

Der ganze Nachkriegsboom kam durch die Ausdehnung des Welt Handels und durch keynesianistische Politik der Staatsausgaben, durch die ein Markt geschaffen wurde, zustande.

In den siebziger Jahren schwenkten die Kapitalisten mehrheitlich zu einer monetaristischen Sparpolitik über, um ihre Profite auf Kosten des Lebensstandards der Massen zu sanieren. In den Ländern, in denen der Monetarismus voll durchgesetzt wurde, wie in Chile, endete er in einem wirtschaftlichen Chaos. In anderen Industrieländern verhinderte die Stärke der Arbeiterklasse die Durchsetzung eines radikalen Sparprogramms. In den USA war Reagan als Monetarist angetreten. Doch er nahm zu einer Mischform Zuflucht: bei gleichzeitigen massiven Angriffen auf den Lebensstandard der Massen kurbelte er die Konjunktur mit enormen Staatsausgaben an.

Aus Angst vor der kommenden Krise und der Antwort der Arbeiterklasse darauf treibt Reagan die Staatsausgaben immer weiter in die Höhe. Wachstumsraten von 6-7% waren nur durch eine gigantische Verschuldungspolitik zu erzielen. Das Handelsdefizit hat sich von 1982-85 verfünffacht, das Haushaltsdefizit fast verdreifacht. Die USA, vormals größte Gläubignation der Welt, sind jetzt die größte Schuldernation geworden: Bundes- und Einzelstaaten, Haushalte und Unternehmen haben zusammen 7.100 Milliarden Dollar Schulden. Mit Kapitalzuflüssen aus der ganzen Welt wurden die Lächer gestopft. Das Wachstum in den USA gab es vor allem im Dienstleistungssektor. Die US-Wirtschaft ist krank. Die Spekulation blüht. Alleine 1985 sind 105 Banken zusammengebrochen. Die Zinnschere mußte geschlossen werden, während gleichzeitig die New Yorker Börse auf Höchststand war.

Mit Hilfe staatlicher Investitionen soll die Rüstungsindustrie den Motor für die Ankurbelung der Wirtschaft abgeben. Das SDI-Programm dient dem weiteren Ausbau des militärisch-industriellen Komplexes.

Weltweite Auswirkungen

Die Lasten versuchen die wirtschaftlich starken auf die schwachen Länder abzuwälzen. Das Sinken der Nahrungsmittel- und Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt (Nahrungsmittel -10%, Metall -15%, Öl -5%) verschafft den Industrienationen einen zusätzlichen Gewinn von 65 Mrd. Dollar, das sind insgesamt 0,7% des Bruttosozialproduktes dieser Länder. In den Entwicklungsländern werden revolutionäre Entwicklungen damit beschleunigt.

Ohne die US-Wirtschaftspolitik wäre selbst der Mini-Aufschwung in der BRD nicht möglich gewesen. Mit einem hohen Exportanteil von 34% besteht eine besonders große Abhängigkeit vom Weltmarkt. Die Regierung baut jetzt auf die binnenwirtschaftlichen Antriebskräfte für den Aufschwung. In der Sozialpolitik wurden einige Verbesserungen gewährt. Mit der geplanten Steuerreform soll mehr Verbrauchernachfrage geschaffen werden. Den Ausbruch der Krise will die Regierung möglichst bis nach der nächsten Bundestagswahl im Januar 1987 verschieben.

Doch letztlich werden die internationalen Entwicklungen entscheiden. Je weiter die Krise aufgeschoben wird, desto schärfer wird sie. Sicher, der Kapitalismus hat in den letzten Jahrzehnten so viel Speck angesetzt, daß in begrenztem Maße mit wirtschaftlichen Maßnahmen Einfluß auf die Entwicklung zyklischer Krisen genommen werden kann.

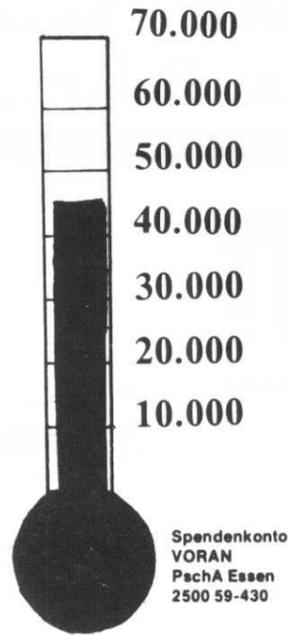
Politische Erschütterungen jedoch können recht rasch wirtschaftliche Krisen nach sich ziehen. Das Hinausschieben der Rezession könnte - auch wenn das jetzt nicht die wahrscheinlichste Möglichkeit ist - sogar zu einem großen Wirtschaftskrach wie 1929 führen. Der Zusammenbruch der Zinnschere zeigt im kleinen, was insgesamt geschehen könnte.

KAMPFFONDS 1986 — Jahr der Arbeitskämpfe

Wenn wir auf das „Aufschwungjahr“ 1985 zurückblicken, sehen wir, daß viele Schichten der Bevölkerung von der vielversprochenen „Wende“ nichts gehabt haben. 3,5 Millionen Arbeitslose (einschließlich Dunkelziffer) suchen immer noch einen Arbeitsplatz; 1985 war ein Rekordjahr für Pleiten — 19.000 Firmenzusammenbrüche — und 1986 wird allen optimistischen Wirtschaftsprognosen zum Trotz keine nachhaltigen Verbesserungen bringen.

Andererseits zeigten die 600.000 Kollegen auf den DGB-Demonstrationen im Oktober, daß viele Arbeitnehmer und ihre Familien mit der Umverteilungspolitik der Regierung überhaupt nicht einverstanden sind. Außerdem haben viele Gewerkschafter das „Katz-und-Maus“-Spiel Kohls durchblickt: Nachdem er mit einer Hand einige kleine wirtschaftliche Zugeständnisse an die Arbeitnehmer unter ihrem Druck gemacht hat, holt er mit der anderen zum Großangriff auf die gewerkschaftlichen Rechte durch die geplante Änderung des §116 AFG aus. Die vielen spontanen Protestmärsche sowie die Diskussionen in den Betrieben und auf Gewerkschaftskonferenzen in den letzten Wochen und Monaten belegen die große Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse. Zusätzlich stehen die Tarifrunden bevor und allein schon wegen der geplanten Kürzung der Krankenpflieger-Ausbildungsvergütung im ÖTV-Bereich zeichnet sich ein „heißer Frühling“ ab.

Wir können also sicher davon ausgehen, daß 1986 ein Jahr der Arbeitskämpfe wie lange nicht mehr sein wird! Dafür müssen wir gut gerüstet sein; d.h. wir brauchen eine Zeitung, die viel öfter erscheint, um die Stimmung in den Betrieben und unter den Jugendlichen schneller



und aktueller aufzugreifen. Und wir brauchen mehr Redakteure und Reporter, die durch das Land reisen können, um mit den streikenden Kollegen persönlich zu reden. Außerdem läuft in diesem Jahr der Bundestagswahlkampf an, und wir wollen bis dann VORAN regelmäßig einmal monatlich rausbringen. Das ist unser Ziel, und dafür brauchen wir viel Geld! Das gute Sammelergebnis des letzten Jahres zeigt, wozu wir in der Lage sind: Mit ziemlich genau 46.000 DM haben wir 1985 zu einem neuen Rekordjahr gemacht und unser Vorjahresergebnis

von 28.000 DM um 50% übertroffen! Folgende Leser haben u.a. in den letzten Monaten durch ihre Spende dazu beigetragen:

Ute Kuhlmann 5 DM; Angelika 10 DM, beide aus Remscheid; Klaus de Cruppe, Angestellter, 300 DM; Dieter Janssen, Juso-Kreisvorstand, beide Stuttgart, 40 DM; Gabi Dohrenbusch, Typistin, IG-Metall Köln 6 DM; verschiedene Spender aus Hamburg 29,50 DM.

Außerdem haben Gruppen von Lesern durch besondere Aktivitäten wie folgt unseren Kampffonds bereichert:

124,11 DM Extra-Spende beim Zeitungsverkauf in Aachen; Weihnachtsfeier Bremerhaven 35 DM; Verkauf von VORAN-Kalendern in Köln 36 DM; Porträtzeichnen von einem Leser in Lübeck; Verkauf von Anti-Kohl-Buttons in Remscheid 54 DM; Weihnachtsfeier in Köln 30,70 DM; Sylvesterfeier Aachen 110,18 DM; Weihnachtsessen Hamburg 140 DM.

Trotz dieses hervorragenden Ergebnisses haben wir unser ursprünglich für 1985 gestelltes Ziel von 70.000 DM nicht erreicht. Wir haben uns deshalb eine Fristverlängerung bis 1. Mai 1986 gewährt und rufen unsere Leser dazu auf, alles daran zu setzen, daß die verbleibenden 24.000 DM bis dahin eingeholt werden. Eine Leserin in Stuttgart hat einen guten Anfang ins neue Jahr gemacht und auf einer Sylvesterfeier um 0 Uhr 45 die erste Zeitung verkauft! Hoffentlich war der Verkauf mit einer kleinen Zusatzspende verbunden!

Fiz Garvie
Redaktion Köln

LESERBRIEFE

Jedes Parteimitglied zahlt mit seinem Beitrag automatisch 50 Pfennige für das SM-Magazin. Selbst wenn das nicht reicht: Warum wird keine Spendenkampagne durchgeführt? Die marxistische Zeitung VORAN wird durch Verkaufserlös und Spenden der Leser finanziert. VORAN ist nicht „wie jede andere Zeitung in der Welt“ auf Anzeigen der Rechtsregierung angewiesen. Große Anzeigenkunden versuchen auch immer, Einfluß auf die inhaltliche Ausgestaltung einer Zeitung zu nehmen. Doch Zeitungen der Arbeiterbewegung sollten doch wohl von der Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung abhängen, nicht vom Geld einer CDU-Bundesregierung!

Ein Leser aus Essen, Bernd Dising, schickte uns folgenden Briefwechsel zu:

An das SM-Magazin
Liebe Genossinnen und Genossen!

Nachdem ich die letzte Ausgabe von SM durchlas, mußte ich mir die Frage stellen, wie groß der redaktionelle Einfluß der jetzigen konservativen CDU/CSU/FDP-Regierung im SM-Magazin ist. In dieser SM-Ausgabe wurden drei einseitige Anzeigen der jetzigen Bundesregierung abgedruckt. Unsere SPD (bekanntlich Oppositionspartei im Bundestag) macht also in einer innerparteilichen Publikation (SM) Werbung für die rechte Kohl-Regierung.

Vielleicht sollten die SM-Genossinnen und -Genossen den C-Parteien den Vorschlag machen, SPD-Werbung in deren Presseorganen zu veröffentlichen, um deren Parteikasse aufzufüllen.

Mit freundlichen Grüßen
Bernd Dising

Die SM-Redaktion schrieb zurück:



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Der Parteivorstand
- Redaktion Sozialdemokrat Magazin -

Herrn
Bernd Dising
Frühlingstraße 2
4300 Essen 1

Bonn, 2.12.1985
Tel. 532 266

Lieber Genosse Dising,

vielen Dank für Deinen Brief vom 26. November 1985. Wie jede andere Zeitung in der Welt lebt auch SM hauptsächlich von Anzeigenfinanzierung, sonst könnte es nicht erscheinen. Und wie bei jeder anderen Zeitung sind Redaktion und Anzeigenabteilung völlig getrennt und unabhängig voneinander. Natürlich wirbt SM nicht für die in Anzeigen dargestellten Dinge, ebensowenig wie Spiegel und Stern als Redaktion Werbung für die Produkte machen, die bei ihnen inseriert werden.

Dein Anliegen haben wir natürlich verstanden - wir hoffen aber, Du hast auch für unsere Überlegungen Verständnis.

Mit freundlichen Grüßen

Ulla Lessmann
(Ulla Lessmann)



Seit der Gründung der neuen Juso-AG Stuttgart Süd sind manche der neuen Gesichter aus der laufenden Arbeit schon nicht mehr wegzudenken. Einer dieser Genossen, Thomas, berichtete im Dezember:

An einem freien Arbeitstag habe ich mir vorgenommen, etwas für unsere Sache zu tun. Da gerade die Änderung des §116 anstand, dachte ich mir, hier könnten wir die Diskussion tatkräftig unterstützen. Doch wo sollten wir ansetzen? Schließlich kam ich auf den Gedanken, mich an die IG-Metall zu wenden. Also: Auskunft — Telefon — und schon hatte

Telefonat mit der Gewerkschaft

ich eine freundliche Stimme am Ohr: „IG-Metall Bezirksleitung Stuttgart“. Das gab mir Mut, und ich fragte gleich nach etwaigen Aktionen zum Thema §116. Zuerst war nur Stille am Telefon zu vernehmen. Dann hörte ich einen Ruf: „Lydia, da fragst eine nach Aktivitäten zu §116, wer ist denn dafür zuständig?“ Schließlich ein Knacks, und die freundliche Stimme tönte: „Augenblick, ich verbinde.“

Nach Minuten Wartezeit bekam ich dann den Kollegen Manfred an den Apparat. Etwas mürrisch meldete er sich, weit weniger freundlich als die Kollegin zuvor. Ich erzählte mein Anliegen. „Wer sind Sie denn?“, fragte er als erstes. Ich erklärte ihm, daß ich bei den Jusos wäre und daß wir gern etwas zum §116 unternehmen würden. Darauf Manfred: Ihm seien keinerlei Aktivitäten bekannt. Ob

denn in den nächsten Tagen etwas wäre, bohrte ich nach. „Nein, nichts“. Dann hörte ich noch ein „Auf Wiederhören“, und die Leitung war tot. Etwas konsterniert legte ich auch auf.

Schließlich suchte ich die Nummer des DGB, wählte und nach ca. dreimaligem Klingeln meldete sich die Zentrale: „DGB Stuttgart.“ „Wo laufen derzeit Aktivitäten gegen die Änderung des §116?“ fragte ich. Die Antwort kam prompt: „Ich weiß nichts davon“. Dann legte sie auf.

Am nächsten Tag erfuhr ich dann aus der Zeitung, erste Seite: „DGB und IG-Metall protestieren in ersten Arbeitsniederlegungen und Versammlungen gegen die Änderung des §116.“

Hoffentlich liest man auch unter Stuttgarter Gewerkschaftsangehörigen Zeitung.

SPD braucht sozialistisches Programm

Nein zum Solidarpaket!

Der Entwurf zu einem neuen SPD-Wirtschaftsprogramm wurde von einer Kommission ausgearbeitet, deren Leitung Wolfgang Roth, der frühere Juso-Bundesvorsitzende, innehatte.

Er soll bis zum nächsten ordentlichen Parteitag im August in Nürnberg in der Partei diskutiert werden. Anträge können von den 22 Bezirken, 261 Unterbezirken und rund 9600 Ortsvereinen gestellt werden.

Wir fordern alle Leser auf, an dieser wichtigen Programmdiskussion aktiv teilzunehmen. Bringt Anträge in die Partei ein. Schreibt uns Eure Meinung zum Programmwurf.

Die hohe Massenarbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern, die weltweite Schuldenkrise - besonders in den Ländern der 3. Welt, - der dadurch bedingte chronische Trend zur Inflation (in Bolivien z. Zeit zum Beispiel 23.000%!), der früher oder später auch auf die Industrieländer übergreifen wird, die Zunahme von Handelsbeschränkungen jeder Art im Welthandel - all das läuft auf eine Weltwirtschaftskrise wie die von 1929/31 hinaus: Zahlungsunfähige Entwicklungsländer, Zusammenbrüche von Banken und Firmen, weitere Verarmung und Anstieg der Arbeitslosigkeit. 6 Millionen Arbeitslose wie zum Ende der Weimarer Zeit sind für Anfang der 90er Jahre in der BRD eine realistische Perspektive. Der Kapitalismus zeigt wieder sein übliches Gesicht: Massenarbeitslosigkeit, sinkender Lebensstandard, Angriffe auf soziale und gewerkschaftliche Errungenschaften, alle erkämpften Reformen sind wieder in Gefahr.

Die programmatischen Antworten der Arbeiterbewegung sind seit Marx und dem Kommunistischen Manifest im Grunde schon gegeben worden. „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert. Es kommt aber darauf an, sie zu verändern“, schrieb Marx. An der Veränderung sind sozialdemokratische Regierungen immer wieder gescheitert. Auch dort, wo sie in der Nachkriegszeit satte absolute Mehrheiten hatten (z.B. Schweden, Österreich, Großbritannien, zur Zeit Griechenland, Spanien, Frankreich) konnte man keine Maßnahmen zur Abschaffung des Kapitalismus feststellen.

Der Entwurf der Roth-Kommission schlägt vor:

- * Sondervermögen „Arbeit und Umwelt“, finanziert durch Steuern auf den Energieverbrauch, mit dem zinsgünstige Kredite für Umweltinvestitionen zur Verfügung gestellt werden sollen
- * Solidaropfer der oberen Einkommensgruppen im öffentlichen Dienst zum Ausbau der sozialen Dienste
- * Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Sozialbereich mit „zumutbarer Eigenleistung der Begünstigten“
- * Änderung der Arbeitszeitverordnung und sozialrechtliche Absicherung der Teilzeitarbeit
- * Umlagesystem zur Finanzierung überbetrieblicher Ausbildungsplätze
- * Ausbau der beruflichen Weiterbildung in unternehmerischer Verantwortung und generelle Einführung des Bildungsurlaubs für Arbeitnehmer
- * Finanzierung von Arbeitsplätzen durch Solidaropfer aller „entsprechend ihrem Einkommen“
- * zusätzlicher Solidarbeitrag der Besserverdienenden in Form einer Ergänzungsabgabe
- * Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer.

Positiv zu vermerken ist sicherlich die Orientierung auf Verkürzung der Arbeitszeit, Ausbau von sozialen Diensten und öffentlichen Ausgaben, Schaffung von Arbeitsplätzen durch Umweltinvestitionen. Doch die zentrale Frage lautet: Wer soll zahlen? Arbeiter oder Kapital? Das Programm antwortet (scheinbar) weise: „Alle entsprechend ihrem Einkommen“. Bisher seien „die Lasten einseitig den sozial Schwachen



Godesberger Programm-Diskussion in den „goldenen 50ern“: SPD-Spitze vertraute auf den Solidarpaket. Erkennt sie jetzt die neue Lage?

aufgebürdet worden.“

Doch dies ist keine größere „Gerechtigkeit“, auch dann nicht, wenn die „Besserverdienenden“ einen zusätzlichen „Solidarbeitrag“ zahlen sollen. Wer sind überhaupt diese sogenannten „Besserverdienenden“? Sind es die Kapitalisten und Bürgerlichen ab Zahnarzt aufwärts? Oder sind es vielleicht schon Facharbeiter, Techniker, Bankkaufleute? Dies wäre auf jeden Fall abzulehnen. Ebenso wie ein allgemeiner „Solidarbeitrag“ aller oder die Finanzierung von Maßnahmen aus Verbrauchssteuern.

Die arbeitende Bevölkerung, die Lohnabhängigen - das sind rund 80% der Bevölkerung - dürfen nicht zur Kasse gebeten werden, um die Krisenlasten des Unternehmer-Systems zu finanzieren. Weder durch direkte Abgaben noch über Verbrauchs- oder Umweltsteuern. Sie sind nicht verantwortlich für diese Krise: sie haben keine Entscheidungs- und Kontrollmöglichkeiten, sie besitzen nicht die Produktionsmittel. Das Kapital - Industrie und vor allem die Banken - profitiert von diesem Wirtschaftssystem, von Arbeitslosigkeit und Umweltdreck.

Es muß auch für die Folgen aufkommen. Doch davon findet sich leider kaum eine Spur im Programmwurf. Die einzigen Maßnahmen zu Lasten der Arbeitnehmer sind der generelle Bildungsurlaub (falls die Kosten dafür nicht vom Staat getragen werden sollen) sowie die Umlagefinanzierung für Ausbildungsplätze.

Allerdings hatte die sozialliberale Koalition in den 70er Jahren im Berufsbildungsgesetz schon einmal eine Ausbildungsabgabe bei unzureichendem Ausbildungsplatz-Angebot vorgesehen. Doch diese Abgabe wurde wegen des Drucks durch die Industrie, die sogar mit Lehrstellen-Boycott drohte, nicht erhoben. Die Frage stellt sich also, wie man diesmal dem zu erwartenden Widerstand des Kapitals begegnen will.

Dazu ist konsequente sozialistische Politik nötig:

- Drastische Arbeitszeitverkürzung, entsprechend dem technischen Fortschritt
- Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle
- Ausbildung raus aus Unternehmerhand; außerbetriebliche Ausbildung unter Kontrolle von Betroffenen, Gewerkschaften und Staat

- ein angemessenes Mindesteinkommen von DM 1500,- für alle
- ein umfassendes Umweltprogramm, nach dem Verursacherprinzip durch die Industrie finanziert
- Ausbau des Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesens.

Nur mit umfassenden Maßnahmen kann dauerhaft etwas bewirkt werden. Doch sie dürfen nicht zu Lasten der Arbeitnehmer und Masse der Steuerzahler gehen, sondern zu Lasten des Kapitals.

Der Markt hat versagt

Der zu erwartende Widerstand kann nur gebrochen werden, wenn Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden, denn der Markt hat offenkundig versagt. Doch Gemeineigentum allein schafft erst die Voraussetzung, das Instrument zur Planung der Wirtschaft entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit.

Wie die Erfahrungen mit den osteuropäischen Ländern zeigen, ist dies nur die Grundlage. Ohne sozialistische Demokratie, ohne Arbeiterkontrolle und -verwaltung auf allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ebenen kann Planwirtschaft nicht gut funktionieren. Daher fordern wir:

- Leitung der verstaatlichten Unternehmen durch Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaften und Staat zu gleichen Teilen
- Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionsträger, die im übrigen nicht mehr verdienen sollten als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

Natürlich ist ein solches Programm nicht einfach nur durch Parlamentsbeschluß zu verwirklichen. Die Geschichte zeigt (besonders die deutsche), wie wenig die Kapitalisten von demokratischen Spielregeln halten, wenn ihre Interessen auf dem Spiel stehen.

Für ein solches Programm muß geworben und mobilisiert werden. Die organisierte Arbeiterbewegung (DGB und SPD mit zusammen fast 9 Millionen Mitgliedern) ist die stärkste Kraft in dieser Gesellschaft. Sie muß die Umsetzung des Programms gleich praktisch in Angriff nehmen - sonst bleiben die besten Parlamentsbeschlüsse ein Fetzen Papier.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin

Liverpool

Stadtrat blieb standhaft

Der Kampf der Liverpools Bevölkerung, an der Spitze der marxistisch geführte Stadtrat, gegen die Kürzungspolitik der Thatcher-Regierung endete vorläufig mit einem „geordneten Rückzug“ und der Annahme eines Kompromiß-Paketes.

Er ist ein Beispiel dafür, wie konservative Angriffe durch breite Mobilisierung der Bevölkerung und eine kämpferische Parteiführung abgewehrt bzw. gemildert werden können.

Von einem Korrespondenten der marxistischen Wochenzeitung MILITANT, die als einzige englische Zeitung den Liverpools Kampf bedingungslos unterstützte, erreichte uns folgender Bericht über die aktuelle Lage:

„Der Kampf in Liverpool hat die Tories im Jahre 1984 zu Zugeständnissen gezwungen. Dadurch ermuntert wollten Anfang 1985 zwanzig Labour-geführte Stadträte die Kürzungspolitik von Thatcher nicht mittragen und eine Beschlußfassung über die Erhöhung von Kommunalabgaben verweigern. Wenn diese 20 Städte zusammengehalten hätten, wären die Tories zweifellos in die Knie gezwungen worden. Leider suchten alle diese Stadträte schon beim ersten Kanonendonner das Weite. Kaum stellten die staatlichen Aufsichtsbehörden Gerichtsverfah-

ren in Aussicht und drohten mit Geld- oder gar Freiheitsstrafen, zogen die meisten Stadträte vor, gar nicht erst in den Kampf zu ziehen. Rühmliche Ausnahme: Liverpool und (allerdings nur für kurze Zeit) Lambeth.

Gewerkschaftsführung

Liverpool hätte dennoch siegen können, wenn die Labour Partei und die Gewerkschaften ihre Kraft in die Waagschale geworfen hätten. Doch stattdessen fielen die Gewerkschafts- und Parteiführer, besonders der Vorsitzende Neil Kinnock, Liverpool in den Rücken. Sie reichten sich ein in den Chor von bürgerlichen Medien, Konservativen, Liberalen, Kirche usw., die alle den Liverpools Kampf verleumdeten und die Stadträte einfach für verrückt erklärten. Doch was ist an einer Politik „verrückt“, die 1.000 neue Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst geschaffen, 3.000 Arbeitsplätze geschaffert, 4.000 Sozialwohnungen geschaffen, Schulen wiedereröffnet und Kindergärten gebaut hat?

Die Partei- und Gewerkschaftsspitze sowie leider auch ein Teil der Parteilinken und die sogenannte Kommunistische Partei unterstützten demgegenüber den „Stonefrost Bericht“. Dies war ein Vorschlags-Paket der Generalsekretäre der Ge-

werkschaften, das Abgabenerhöhungen um 15%, Kürzungen des Wohnungsbauprogramms und tausende Entlassungen bei der Stadtverwaltung vorsah.

Lügenkampagne

In einer bisher nie dagewesenen Lügen- und Verdrehungskampagne wurde den Liverpools Arbeitern in den Medien und in Veranstaltungen erklärt, der „Stonefrost-Bericht“ beinhalte eine „schmerzlose Lösung“ für Liverpool; die „trotzkiistisch gelenkten“ Stadträte wollten nur aus Starrköpfigkeit den Kampf um seiner selbst willen führen! Dies stiftete einige Verwirrung unter Teilen der Arbeiter, zumal in einer Reihe von Gewerkschaftsveranstaltungen kein Vertreter der Gegenposition reden durfte! Doch die große Mobilisierung der Bevölkerung durch die Labour-Partei in Liverpool mit Massenkampagne in den Betrieben der Stadtverwaltung vor den Fabrikatoren, in den Wohnsiedlungen, in zahllosen öffentlichen Veranstaltungen brachte eine solide Unterstützung der Politik des Stadtrats durch die Bevölkerung, was sich in steigender Beliebtheit der Liverpools Labour Partei bei den letzten Umfragen niederschlug (von 45% auf 55%)!

Kurz vor dem drohenden Bank-



„Illegal“? Der Stadtrat von Liverpool ließ 4.000 neue Sozialwohnungen bauen

rott der Stadt erklärte sich schließlich ein Schweizer Bankenkonsortium bereit, Liverpool einen langfristigen Kredit von 30 Mio. Pfund zu gewähren. Hintergrund: Die Liverpools Geschäftswelt, vor allem die großen Warenhäuser, fürchteten um ihre Umsätze wegen zu erwartender Massenentlassungen, die Gläubigerbanken von Liverpool befürchteten die Auswirkungen der Zahlungsunfähigkeit einer ganzen Stadt auf andere Schuldner. Sie setzten daher die Regierung unter Druck. Ohne Kampf der Liverpools Bevölkerung wäre der Kredit nicht bewilligt worden. Was bedeutet dies für den städtischen Haushalt?

Eine noch offene Deckungslücke von 3 Mio. Pfund wird dazu führen, daß einige freierwerbende Stellen bei der Stadt nicht wieder besetzt werden; außerdem stehen keinerlei Kürzungsmaßnahmen an; alle Arbeitsplätze für das nächste Haushaltsjahr sind aber gesichert.

Der Stadtrat hat keinen Zweifel daran gelassen, daß ihm dieser

Kompromiß durch die mangelnde Unterstützung der Partei- und Gewerkschaftsführung aufgezwungen wurde. Er sieht darin einen Rückschlag, der jedoch in keiner Weise die Ausmaße der Maßnahmen des „Stonefrost-Berichts“ hat. Der Schweizer Kredit führt lediglich zum Hinausschieben der Probleme.

Die Parteiführung um Kinnock hat die Liverpools Labour-Partei vorläufig ihrer Mitgliedsrechte entzogen und drohte führenden Genossen mit Parteiausschluß!

Spätestens bei der Aufstellung des nächsten Haushaltes stellt sich erneut die Frage: Kürzen oder Kämpfen? Im Kapitalismus wird der Kampf um minimale Reformen, gegen Krisenpolitik und konservative Angriffe nicht aufhören. Deshalb setzen sich die Liverpools Marxisten für eine sozialistische Politik in Partei und Gewerkschaft ein, die den Kampf gegen Kürzungen mit der Perspektive einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft verbindet.

Polizeistaaten sind Kolosse

Keine herrschende Klasse in der Welt ist bisher zimmerlich gewesen, wenn es darum ging, ihre Privilegien und ihre Macht zu verteidigen und die Versuche der jeweiligen Mehrheit der Bevölkerung, sich von Unterdrückung und Ausbeutung zu befreien, abzuwehren.

Sowohl im alten Rom als auch im Mittelalter und im zwanzigsten Jahrhundert setzten und setzen die Herrschenden den Staatsapparat (Militär, Polizei, Justiz...) gegen die Bevölkerung ein, um Sklavenrevolten, Bauernaufstände und Streikbewegungen niederzuschlagen.

Auch das „demokratische“ Westeuropa macht da keine Ausnahme. Noch in den siebziger Jahren existierten in Portugal, Spanien und Griechenland Regimes, die sich nur auf Militär und Polizei stützten und in keinsten Weise von der Bevölkerung akzeptiert, geschweige denn getragen wurden.

Diese Regimes hatten genauso wenig wie die noch heute bestehenden Militärdiktaturen in Chile, der Türkei und vielen Ländern der dritten Welt irgendwelche Skrupel. Ihre Geschichte ist die Geschichte von blutig niedergeschlagenen Streiks und Demonstrationen, von Partei- und Gewerkschaftsverboten, Unterdrückung jeglicher Meinungsfreiheit, Polizeiwillkür, Folterungen und von Konzentrationslagern. Nach außen hin bieten diese Diktaturen ein Bild der Stärke; der Militärstiefel erscheint als ein Symbol der Allmacht, die Regimes scheinen es nicht nötig zu haben, sich auf Kompromisse und Diskussionen einzulassen. Doch in Wirklichkeit waren und sind alle diese Polizeistaaten Kolosse auf tönernen Füßen.

Ein Beispiel dafür ist der Fall Griechenland. Mitte der sechziger Jahre kam es in Griechenland zu einer Verfassungskrise, weil bekannt wurde, daß die Wahlen von 1961 von reaktionären Obristen aus der Armeespitze, die sich schon im Bürgerkrieg 1945-47 als Schlichter der griechischen Arbeiter und Bauern „qualifiziert“ hatten, gefälscht worden waren. Dies bewirkte einen Schub nach links unter den Massen und schuf antikapitalistische Stimmung. (Griechenland hatte damals noch einen mit ziemlich weitgehenden Befugnissen ausgestatteten König).

Bei den anstehenden Neuwahlen zeichnete sich ein Sieg des Bündnisses der Liberalen und der Kommunisten ab. Die Monarchie, das Kapital und auch die NATO befürchteten, daß eine solche Regierung die Lage des Landes noch unstabiler machen und eine revolutionäre Entwicklung beschleunigen würde. Der König und die ihm ergebenden Offiziere setzten die Pläne der NATO für einen „Putsch von oben“ in Gang, um die Situation wieder unter Kontrolle zu bekommen. Doch 1967 kam es anders als geplant: Eine Clique von Obristen, darunter viele der Wahlfälscher von 1961, putschten ihrerseits kurz vor den Wahlen und legten die Macht alleine in die Hände der Armee und der Polizei, verkörpert durch ihre Militärjunta.

Die Mitglieder der Junta sahen sich als große Patrioten und „Retter des Vaterlandes“, wobei man beachten muß, daß Leute, die sich so bezeichnen, fast immer das „Vaterland“ vor der eigenen Bevölkerung und für die herrschende Klasse retten.

Doch trotz aller Brutalität konnte die Lage in Griechenland nicht stabilisiert werden. Das einzige, was die Junta bewirkte, war ein weiterer Linksruck der griechischen Bevölkerung, nach vorübergehender Einschüchterung.

Das Land taumelte in den sieben Jahren der Militärherrschaft von einer Krise in die andere. Es gelang nicht, die Arbeiterbewegung zu zähmen, geschweige denn, sie zu zerschlagen. Unter dem Eindruck einer Meuterei bei der Marine, und von Massendemonstrationen und schweren Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Studenten stürzte sich das Regime in ein militärisches Abenteuer: Die Invasion von Zypern.

Diese endete jedoch, anstatt mit einem Anschluß der Insel, mit einem Krieg mit der Türkei. Damit war die letzte Hoffnung der Militärs, das Land unter ihrer „ruhmreichen“ Führung zu vereinigen, gescheitert. Die Militärherrschaft stürzte ohne viel Aufwand — die Junta-Mitglieder flüchteten Hals über Kopf.

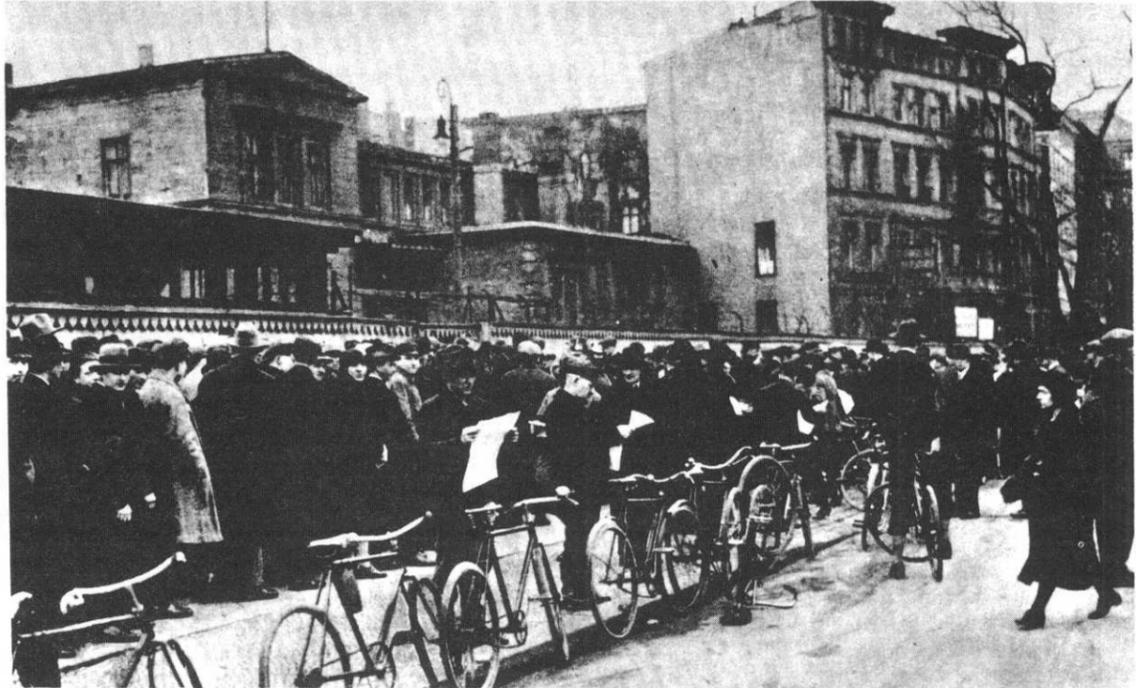
Chile

Die Entwicklung in Chile weist viele Parallelen auf. Bei dem Putsch 1973 hat Pinochet, Diktator von Chile, jegliche Unterstützung, auch von bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten, verloren. Sein Regime wird nur noch durch die Macht der Waffen gesichert.

Obwohl Pinochet brutale Mittel angewandt hat als die Junta-Obristen (es wurden zehntausende von Arbeitern umgebracht) und in seinen Methoden dem faschistischen Deutschland in den dreißiger Jahren durchaus nacheiferte, ist auch sein Regime dem Untergang geweiht. Weder in Chile noch in Griechenland noch in irgendeinem anderen Land der Welt ist es in den letzten Jahren gelungen, den Linkstrend unter den arbeitenden Menschen zu stoppen.



In Arbeitskämpfen wird die wahre Aufgabe der Polizei deutlich. Hier bei einem Streik in England.



Deutschland 1932: Über 6 Millionen Arbeitslose. Alles wartet auf eine radikale Lösung. Doch SPD und KPD-Führung versagen und verpassen die Chance, die notwendige Umwälzung vorzubereiten.

Konzentrationslager, Folterungen, Morde — all das konnte letzten Endes den Willen der Arbeiterklasse, die Gesellschaft zu verändern, nicht brechen. All die Militärdiktaturen sind nicht ein Anzeichen der Stärke der Kapitalisten und totaler Niederlagen der Arbeiterbewegung, sondern der Ausdruck der Schwäche des Systems.

Die herrschende Klasse kann nicht mehr mit „normalen demokratischen Mitteln“ regieren, weil sie den Boden unter den Füßen verliert, sie ist zu schwach, um grundlegend mit der Arbeiterklasse abzurechnen. Andererseits ist die Arbeiterklasse noch nicht stark genug, die Macht zu erringen. Auf diesem instabilen Gleichgewicht der Kräfte thront die Polizei- und Militärdiktatur anscheinend als Schiedsrichter. Solche Regimes sind sehr zerbrechlich, weil sie keine soziale Stütze in der Gesellschaft haben — im Unterschied zum Faschismus.

Deutschland vor dem Faschismus

Anfang der dreißiger Jahre stand das Kapital in Deutschland vor einem ähnlichen Problem. Seit 1930 waren reaktionäre Kabinette an der Macht, die versuchten, die wirtschaftliche Krise und die Radikalisierung der Arbeiter mit den sogenannten Notverordnungen in den Griff zu bekommen. Diese Notverordnungen waren eine Umgehung

des parlamentarisch-demokratischen Weges und legten die Macht in die Hände einer kleinen Clique in der Regierung. Die Notverordnungen waren im Sinne des Kapitals auch gegen die arbeitenden Menschen und ihre Organisationen gerichtet.

Doch die Krise verschärfte sich weiter. Die Arbeiterbewegung gab keine Ruhe, obwohl sie sehr geschwächt war durch die anhaltende Massenarbeitslosigkeit, die Niederlagen zu Beginn der zwanziger Jahre und vor allem durch die Politik ihrer Organisationen, SPD und KPD.

Das Nicht-Zustandekommen einer Einheitsfront beider Parteien gegen den Faschismus war der ausschlaggebende Faktor dafür, daß das Kapital die Notbremse ziehen konnte, um die Profite zu retten und die revolutionäre Entwicklung zu stoppen: Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Hitler und seine NSDAP waren den Kapitalisten nicht ganz genehm. Die NSDAP war keine bürgerliche Partei im eigentlichen Sinne. Sie war nicht der Kontrolle der Unternehmer unterworfen. Ihre Basis waren die von der „Weimarer Republik“ Enttäuschten — das deutsche Kleinbürgertum, welches in den zwanziger Jahren einen Niedergang erlebt hatte wie noch nie. Ehemalige Soldaten, oft Unteroffiziere, Lehrer, Beamte, kleine Handwerker und Kaufleute; und Menschen, die auf der untersten Stufe der Gesellschaft standen und jeglichen Kontakt zur organisierten Arbeiterbewegung verloren hatten — das waren die Anhänger der NSDAP.

Diese Kleinbürger und Lumpenproletarier (deklarierte Arbeiter) waren verwirrt und aufgeputscht. Sie suchten nach Auswegen aus ihrer immer bedrohlicheren Situation. Geschickte Demagogen wie Hitler und Goebbels schafften es, diese „Wildgewordenen“ von der Arbeiterbewegung zu trennen und in die Dienste des Kapitals zu stellen, was vielen Anhängern des Faschismus jedoch nicht bewußt wurde. Sie klammerten sich immer verzweifelter an die längst historisch überlebten Ziele der „Volksgemeinschaft“ und der „Nation“.

Dieser „menschliche Staub“, wie der russische Revolutionär Leo Trotzki die Basis von faschistischen Bewegungen einmal nannte, war nun wirklich nicht nach dem Willen des Kapitals. Eine entfesselte Massenbewegung wildgewordener und unberechenbarer Kleinbürger unter der Führung von fanatischen, halbverrückten Rassisten unter Kontrolle zu halten, ist für eine herrschende Klasse ungleich schwerer als eine

normale bürgerliche Partei zu kontrollieren.

Doch das Kapital ging trotzdem das Risiko ein und überließ den Nazis die Macht. Die Folgen dieser Machtübernahme waren schließlich, daß die herrschende Klasse die direkte Kontrolle und eine leicht überschaubare Institution wie das Parlament zugunsten einer Clique aufgab, deren erklärtes Ziel es war, die ganze Welt zu „germanisieren“. Letztendlich wurde zu hoch gepokert und die Nazi-Spitze führte den deutschen Kapitalismus in seine größte Katastrophe, in die Niederlage gegen die Sowjetunion und die Westalliierten im 2. Weltkrieg.

Was war also an der Nazi-Bewegung so wichtig, daß das Kapital die

Trotz Fasc

Die folgenden Zitate wurden entnommen aus „Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats“ von Leo Trotzki, geschrieben am 27. Januar 1932. Trotzki war russischer Revolutionär, mit Lenin Führer der Oktoberrevolution, später entschiedener Gegner Stalins. In den 20er und 30er Jahren schrieb Trotzki grundlegende Analysen und Perspektiven über die Entartung der russischen Revolution, das Aufkommen des Stalinismus, Entstehen und Charakter des Faschismus. Besonders scharf geißelte er die Politik der Kommunisten in Deutschland, die mit ihrer Sozialfaschismus — Theorie zur Verwirrung und Spaltung der Arbeiterklasse beitrugen und damit letztlich den Sieg Hitlers ermöglichte. Trotzki selbst wurde aus der Sowjetunion ausgebürgert, von Stalins Agenten in der ganzen Welt verfolgt und schließlich 1940 in Mexiko ermordet.

„Der Faschismus ist nicht einfach ein System von Repressionen, Gewalttaten, Polizeiterror. Der Faschismus ist ein besonderes Staatssystem, begründet auf der Ausrottung aller Elemente proletarischer Demokratie in der bürgerlichen Gesell-

...se auf tönernen Füßen

Staatsmacht deren Führung überließ? Hitlers Programm war die totale Zerschlagung jeglicher unabhängiger Organisation der Lohnabhängigen und die Eroberung neuer Absatzmärkte für den deutschen Imperialismus.

Massenbasis

Diese Punkte waren für die im 1. Weltkrieg zu kurz gekommenen deutschen Imperialisten eine absolute Notwendigkeit, um die Profite zu sichern und zu erhöhen. Das war auch das Programm anderer reaktionärer Strömungen. Doch die Faschisten waren die Einzigen, die über die Mittel verfügten, dies durchzusetzen.

Eines der Mittel war die kleinbürgerliche Massenbasis. Diese konnte allerdings nur durch das Versagen von SPD und KPD aufgebaut werden. Denn auch das Kleinbürgertum, auch die Arbeitslosen wandten sich zuerst den Arbeiterparteien zu. Erst als von dort keine Perspektive aufgezeigt wurde und die Verzweiflung wuchs, erst dann setzten sie ihre Hoffnung auf die Nazis.

Durch diese kleinbürgerliche Basis hatte das Regime eine gesellschaftliche Stütze. So war es nicht nötig, dauernd Polizei einzusetzen, um Arbeiterproteste zu verhindern.

Die faschistischen Massen drängen in jeden Bereich der Gesellschaft ein, ein Netz von Spitzeln und Hauswachen, das jeden Wohnblock und jede Fabrik durchdrang, und fanatisierte Jugendliche, die Eltern und Freunde überwachten, zerstörten sämtliche „Keime der Arbeiterdemokratie innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft“ und machten nicht nur jegliche Organisation, sondern selbst Gespräche unter Kollegen, Schulfreunden und innerhalb der Familien so gut wie unmöglich.

Die kleinbürgerliche Massenbewegung war und ist das einzige Mit-

tel des Kapitals, um die vollständige Zerschlagung der Arbeiterbewegung auf Jahre hinaus zu gewährleisten, denn nur sie kann die Fabriken, Schulen, Universitäten usw. kontrollieren. Eine reine Polizei- oder Militärdiktatur ist nicht dazu in der Lage, sie kann nicht den Kern des Widerstandes zerstören, denn ihr fehlt jegliche soziale Basis. Solch ein Regime muß sich mit leeren Gesten der (scheinbaren und allzu flüchtigen) Macht — wie Aufmärsche von Truppen und Polizei — zufriedengeben.

Sieg der Reaktion

Der Sieg einer faschistischen Bewegung gelang bisher nur in Deutschland 1933, in Spanien 1936, in Portugal 1926 und in Italien 1922. Nur eine soziale Basis kann einer Gewaltherrschaft für eine gewisse Zeit eine relativ stabile Stütze geben. Ein Regime, welches sich nur auf den Unterdrückungsapparat stützt, bleibt instabil und kann nur eine begrenzte Zeit existieren. Denn die heutige Gesellschaft ist zu komplex, als daß sie dauerhaft von gestiefelten Militaristen beherrscht werden könnte, die das Kommando „Stillgestanden“ brüllen. Dies erklärt den sang- und klanglosen Abgang der griechischen Obristendiktatur und kündigt das Ende von Pinochets Herrschaft über Chile an.

So gesehen bedeutet die Existenz einer Diktatur nicht die Niederlage der Arbeiterklasse des jeweiligen Landes, sondern zeigt an, daß der Ausgang der Klassenkämpfe noch offen ist und daß das Kapital seine eigene Unfähigkeit, eine revolutionäre Entwicklung aufzuhalten, ausdrückt, indem es die Staatsmacht allein den Militärs überläßt.

Doch auch das hilft dem Kapitalismus nicht aus seiner Misere. Denn wie die Beispiele Chile und Griechenland beweisen, hat jeder Schritt

des Kapitals in Richtung Konterrevolution die arbeitenden Menschen zu einem Schritt in Richtung Revolution getrieben. So bleibt der Faschismus das einzige Mittel, die Arbeiterbewegung zu zerschlagen und die Herrschaft des Kapitals für eine längere Periode zu stabilisieren. Doch die Chancen für eine faschistische Machtergreifung sind heute sehr gering. Die kleinbürgerliche Basis fehlt vollkommen. Es gibt wesentlich weniger Selbständige als noch in den dreißiger Jahren.

Schichten wie Lehrer, Beamte, Angestellte haben sich den Arbeitern von ihrer gesellschaftlichen Stellung her genähert und sind zu großen Teilen gewerkschaftlich organisiert. Die Gewerkschaften selbst, besonders in Westeuropa, sind so groß wie nie zuvor, viele Arbeitslose fühlen sich zu ihnen hingezogen.

Und das Kapital hat Angst vor dem Entstehen einer faschistischen Massenbewegung, denn mit Hitler und Mussolini, die wie die letzte Rettung erschienen, verbrannte man sich schon einmal die Finger.

Die Machtübernahme einer faschistischen Bewegung in irgend einem Land ist aus diesen Gründen so gut wie ausgeschlossen. Nazi-Führer wie Kühnen werden zwar einige hundert, vielleicht auch einige tausend verzweifte Jugendliche gewinnen können, um für das Kapital die Drecksarbeit zu verrichten, indem sie sich als Hilfstruppen im Kampf gegen Linke und Gewerkschafter zur Verfügung stellen. Eine entscheidende Rolle werden die Faschisten jedoch nicht mehr spielen können.

Staatsapparat in Westeuropa

Doch unsere Analyse, daß der Faschismus nicht mehr siegen wird, heißt nicht, daß wir eine lange Phase



Der äußere Schein trügt: Hinter dem starken Gehabe verbirgt sich die Angst vor der Arbeiterklasse.

der bürgerlichen Demokratie erwarten. Weder in Westeuropa noch sonstwo wird das Kapital die ihm zur Verfügung stehenden Mittel ungenutzt lassen. Die Entwicklungen der letzten Jahre in England und in der Bundesrepublik zeigen, wie sich die Herrschenden auf eine schärfere Gangart der Klassenauseinandersetzungen vorbereiten.

So existieren seit Ende 1966 in der BRD die Notstandsgesetze, die erlauben, die Verfassung außer Kraft zu setzen, Meinungs- und Pressefreiheit stark zu beschneiden und Streiks zu verbieten. Auch enthalten sie eine Ausdehnung der Befugnisse von Armee und Polizei.

Seit den „Glanzzeiten“ des Terrorismus gibt es eine sogenannte „Anti-Terror-Gesetzgebung“, welche die Unverletzlichkeit der Person und der Wohnung einschränkt.

Die Ausrüstung und die Ausbildung von Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr dienen nicht nur zum Fangen von Kriminellen und zur Sicherung der Grenze, sie sind auch — und vor allem — für innere Auseinandersetzungen bestimmt.

So sind alle Sicherheitsorgane in der BRD mit schweren Waffen und gepanzerten Fahrzeugen ausgerüstet.

Während des Streiks um die Arbeitszeitverkürzung 1984 wurden Manöver des Bundesgrenzschutzes veranstaltet, die als Thema eine Zuspitzung der Klassenkämpfe hatten und die Niederschlagung von Streiks und Betriebsbesetzungen probten.

Die westdeutsche Arbeiterbewegung hat seit Kriegsende recht wenig Erfahrungen mit dem Staatsapparat gemacht. Bis jetzt waren Polizeiübergriffe eher bei Demonstrationen der Friedens-, der Anti-Atomkraft- und der Hausbesetzerbewegung zu sehen.

Wie aber Notstandsgesetze und militarisierte Polizeikräfte in einem bürgerlichen Staat eingesetzt werden können, zeigt das Beispiel Englands. Dort wurden während des ein Jahr dauernden Bergarbeiterstreiks massive Polizeistreitkräfte gegen Gewerkschaftsmitglieder eingesetzt. Die Polizeiführung wurde straff zentralisiert und die Macht über alle bewaffneten Formationen des Staates wurde und wird zunehmend in den Händen einer Kabinettsclique des

rechten Flügels der Konservativen unter Premierministerin Margaret Thatcher konzentriert.

Für viele Menschen in England und in ganz Europa zerplatzte die Illusion des „Bobby“, des netten, unbewaffneten Polizisten von nebenan, des „Freundes und Helfers“. Der britische Polizist ist nach den Erfahrungen des Bürgerkrieges in Nordirland genauso ausgebildet und bewaffnet wie in anderen Ländern auch.

Warnung für die Arbeiterbewegung

Trotz all dieser Maßnahmen ist ein direkter militärischer Staatsstreich in England oder in der BRD unwahrscheinlich. Für die herrschende Klasse wäre dies ein unwägbares Risiko, denn die Ideen der Demokratie sind fest in den Massen verwurzelt. Diktatorische Maßnahmen würden zu heftigen Reaktionen führen. Man müßte erst den Organisationen der Arbeiterbewegung schwere Niederlagen zufügen, ehe dieser Weg gangbar wäre.

In Italien ist nach der Streikwelle Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre mehrmals ein Staatsstreich erwogen worden. Dies ist durch Veröffentlichungen der jetzt unter Anklage stehenden Geheimloge „P2“ deutlich geworden, der maßgebliche Kreise der herrschenden Klasse angehörten. Doch solche Pläne wurden verworfen, weil sie wegen des Widerstandes der Arbeiter zum Bürgerkrieg geführt hätten, dessen Ausgang für die Herrschenden völlig offen war. Die Logenmitglieder zogen es vor, sich im Staatsapparat „legal“ einzunisten und ihren Einfluß zu nutzen.

Aus diesen Gründen werden Notstandsgesetze und ähnliches als letzter Trumpf in der Hinterhand behalten.

Weder Faschismus noch Militärdiktatur wie in Chile sind unmittelbare Perspektiven für Westeuropa. Doch die Bedrohung demokratischer Rechte ist immer gegeben, solange der Kapitalismus noch existiert.

Claus Ludwig, Bremerhaven
Jungsozialist

...ki über ...nismus



schaft. Die Aufgabe des Faschismus besteht nicht allein in der Zerschlagung der proletarischen Avantgarde, sondern auch darin, die ganze Klasse im Zustand erzwungener Zersplitterung zu halten. Dazu ist die physische Ausrottung der revolutionärsten Arbeiterschicht ungenügend. Es heißt, alle selbständigen und freiwilligen Organisationen zu zertrümmern, alle Stützpunkte des Proletariats zu zerstören und die Ergebnisse eines dreiviertel Jahrhunderts Arbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu vernichten. Denn auf diese Arbeit stützt sich in letzter Instanz auch die kommunistische Partei.

Brünings Notverordnungen sind bloß der Anfang, ein Abtasten des Bodens. Das Brüningregime hält sich dank der feigen und treubruchigen Unterstützung der sozialdemokratischen Bürokratie, die sich selbst vermöge des mürrischen Halbvertrauens eines Teils des Proletariats hält. Das System bürokratischer Verordnungen ist unbeständig, unsicher, kurzlebige. Das Kapital braucht eine andere, entschiedenere Politik. Die Unterstützung der Sozialdemokratie, die sich nach den eigenen Arbeitern umsehen muß, ist nicht nur unzurei-

chend für seine Ziele, sie beginnt es bereits zu beenden. Die Periode der Halbmaßnahmen ist vorbei. Um zu versuchen, einen neuen Ausweg zu finden, muß sich die Bourgeoisie vollends des Drucks der Arbeiterorganisationen entledigen, sie hinwegräumen, zertrümmern, zersplittern. Hier setzt die historische Funktion des Faschismus ein. Er bringt jene Klassen auf die Beine, die sich unmittelbar über das Proletariat erheben und fürchten, in dessen Reihen gestürzt zu werden, organisiert und militarisiert sie unter Deckung des offiziellen Staates mit den Mitteln des Finanzkapitals und treibt sie zur Zertrümmerung der proletarischen Organisationen, der revolutionären wie gemäßigten.

Die Reihe ist ans faschistische Regime gekommen, sobald die „normalen“ militärisch-polizeilichen Mittel der bürgerlichen Diktatur mitsamt ihrer parlamentarischen Hülle für die Gleichgewichtserhaltung der Gesellschaft nicht mehr ausreichen. Durch die faschistische Agentur setzt das Kapital die Massen des verdummten Kleinbürgertums in Bewegung, die Banden deklassierter, demoralisierter Lumpenproletarier und all die zahllosen Menschenexistenzen, die das gleiche

Finanzkapital in Verzweiflung und Elend gestürzt hat, vom Faschismus fordert die Bourgeoisie ganze Arbeit: Hat sie einmal die Methoden des Bürgerkriegs zugelassen, will sie für lange Jahre Ruhe haben. Und die faschistische Agentur, die das Kleinbürgertum als Prellbock benutzt und alle Hemmnisse aus dem Wege räumt, leistet diese Arbeit bis zum Ende. Der Sieg des Faschismus führt dazu, daß das Finanzkapital sich direkt und unmittelbar aller Organe und Einrichtungen der Herrschaft, Verwaltung und Erziehung bemächtigt: Staatsapparat und Armee, Gemeindeverwaltung, Universitäten, Schulen, Presse, Gewerkschaften, Genossenschaften. Die Faschisierung des Staates bedeutet nicht nur die Mussolinisierung der Verwaltungsformen und -verfahren — auf diesem Gebiet sind die Veränderungen letzten Endes zweitrangig — sondern vor allem und hauptsächlich die Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen, Zurückwerfung des Proletariats in amorphem Zustand, Schaffung eines Systems tief in die Massen dringender Organe, die eine selbständige Kristallisation des Proletariats unterbinden sollen. Darin besteht das Wesen des faschistischen Regimes.“

Griechenland nach den Angriffen der „sozialistischen“ Regierung

Griechische Arbeiter kampfbereit



Der griechische Generalstreik vom 14. November letzten Jahres ist der (vorläufige) Höhepunkt der größten Streikbewegung des Landes seit 50 Jahren. Praktisch die gesamte Arbeiterklasse des Landes beteiligte sich an Mobilisierungen und Kampagnen im November. Weite Teile der Mittelschichten, die Masse der Kleinbauern, Soldaten und Studenten standen und stehen auf der Seite der Arbeiter.

Nur fünf Monate nach einem klaren Wahlsieg der Linken, die insgesamt auf knapp 60% kam, zeigten die griechischen Arbeiter damit, daß sie auf keinen Fall bereit sind, zur Rettung des Kapitalismus scharfe Angriffe auf ihren Lebensstandard hinzunehmen — auch nicht von der Regierung, der sie am zweiten Juni zu einem Sieg über die bürgerlichen Parteien verholfen haben.

Dabei hat die griechische Arbeiterklasse schon in den vergangenen Jahren durch Streiks, Fabrikbesetzungen und anderen Mobilisierungen eine fast unerschöpfliche Energie an den Tag gelegt. Seit 1982 hat sich die Zahl der an Streiks beteiligten Arbeitnehmer ständig erhöht.

1974 entstand aus den Kämpfen der Arbeiter heraus die „Panhellenische Sozialistische Arbeiterbewegung“ (PASOK), deren Programm das radikalste unter allen Arbeiter-Massenparteien in Europa darstellte: Die Verstaatlichung der Großkonzerne sowie der Austritt aus der NATO waren Kernpunkte. 1981 erreichte die PASOK mit 48 % die Mehrheit, 1984 besiegte sie in den Europawahlen die Bürgerlichen, und 1985 konnte sie ihren Stimmenanteil fast halten!

Kapitalistische Krise

Doch ähnlich wie in Frankreich und Spanien zeigen auch in Griechenland die Erfahrungen der Arbeiter mit der PASOK-Regierung unter Andreas Papandreu, wie berechtigt die Warnungen der Marxisten gewesen sind: Entweder übernehmen die Genossen an der Regierung die Schaltstellen der wirtschaftlichen Macht, oder das Großkapital bestimmt weiterhin die Richtlinien der Politik.

Unter anderen Bedingungen hätten die griechischen Kapitalisten schon längst wieder einen ernsthaften Versuch gemacht, um durch einen Militärputsch ein neues Obristenregime an die Macht zu bringen und die Unternehmerprofite auf dem Rücken der Arbeiterklasse zu sanieren. Doch die Erinnerung an die letzte Militärregierung steckt noch zu klar in den Köpfen der meisten Menschen. Der einzige Strohalm, nach dem die Unternehmer jetzt noch greifen können, ist die „sozialistische“ Regierung. Sie hoffen, daß Papandreu ihnen das schmutzige Geschäft abnimmt.

Papandreu hat nach dem Wahlsieg im Juni einen drastischen Kurswechsel nach rechts vollzogen. Jetzt garniert er seine Sparpolitik nicht einmal mehr mit den demagogischen anti-amerikanischen Phrasen. Kernpunkte der neuen Linie sind ein auf zwei Jahre angesetzter Lohnstopp, scharfe Einsparungen bei öffentlichen Ausgaben und eine Abwertung der griechischen Drachme um 15%. Unternehmen, die trotz Lohnstopps unter dem Druck der Belegschaft die Löhne erhöhen, sollen bestraft werden. Die Abwertung wird Importgüter stark verteuern und am Lebensstandard der Arbeiter nagen.

Natürlich hat dieser Kurswechsel zu einer tiefen Krise der Arbeiterorganisationen geführt. Dieselben Gewerkschaftsführer, die als treue Anhänger Papandreu's noch vor wenigen Monaten mit voller Kraft Streiks abzuwürgen und den Einfluß der Kommunistischen Partei (KKE) im Gewerkschaftsbund zurückzudrängen versuchten, waren jetzt unter dem Druck ihrer Basis gezwungen, auf Oppositionskurs zu gehen und den Generalstreik auszurufen.



Arbeiter auf der Demonstration in Athen während des Generalstreiks am 14. November zeigen ihre Wut über Papandreu's Sparpaket.

Papandreu ließ führende Gewerkschaftsfunktionäre darauf kurzerhand aus der PASOK ausschließen.

Angesichts einer vorrevolutionären Krise hätte eine kommunistische Massenpartei im heutigen Griechenland die besten Chancen, innerhalb kurzer Zeit die Mehrheit der Arbeiter zu sich herüberzuziehen und eine unblutige Machteroberung durchzuführen. Doch die KKE scheint fast noch mehr Angst vor der sozialistischen Revolution zu haben als Papandreu und die Kapitalisten selbst. Vor den Parlamentswahlen, bei denen sie ungefähr 10% errang, schloß die KKE eine Art Stillhalteabkommen mit der PASOK-Führung ab.

Ganz offensichtlich hat die Moskauer Bürokratie Angst davor, daß eine erfolgreiche griechische Revolution das labile „Gleichgewicht“ auf dem Balkan stören und die Arbeiter auch in sogenannten „sozialistischen“ Staaten zum Kampf gegen die stalinistische Bürokratie ermun-

tern würde!

Der Aufstieg der PASOK und die Klassenkämpfe der letzten Jahre zeigen, daß die Mehrheit der Arbeiter und auch wichtige Teile der Mittelschichten instinktiv eine sozialistische Alternative suchen.

Doch ohne eine weitsichtige und erfahrene marxistische Führung droht die Energie der Arbeiterklasse zu verpuffen und sind (vorübergehende) kleinere und auch größere Rückschläge innerhalb des Prozesses der Revolution unvermeidlich. Die Verantwortung liegt jetzt in erster Linie bei den Genossen vom marxistischen PASOK-Flügel um die Zeitung „XEKINIMA“. Sie gewinnen in der gegenwärtigen Phase der Ruhe zwischen den Stürmen von Woche zu Woche neue Anhänger unter den Arbeitern, Gewerkschaftsaktivisten, Schülern, Studenten und Hausfrauen hinzu. Wenn sie es in den kommenden Monaten und Jahren schaffen, die Mehrheit der Arbeiter und Jugend für ihr Programm zu gewinnen, dann kann dem blutbefleckten griechischen Kapitalismus für immer ein Ende bereitet werden. Eine sozialistische Demokratie in Griechenland wäre ein entscheidender Durchbruch in Rich-



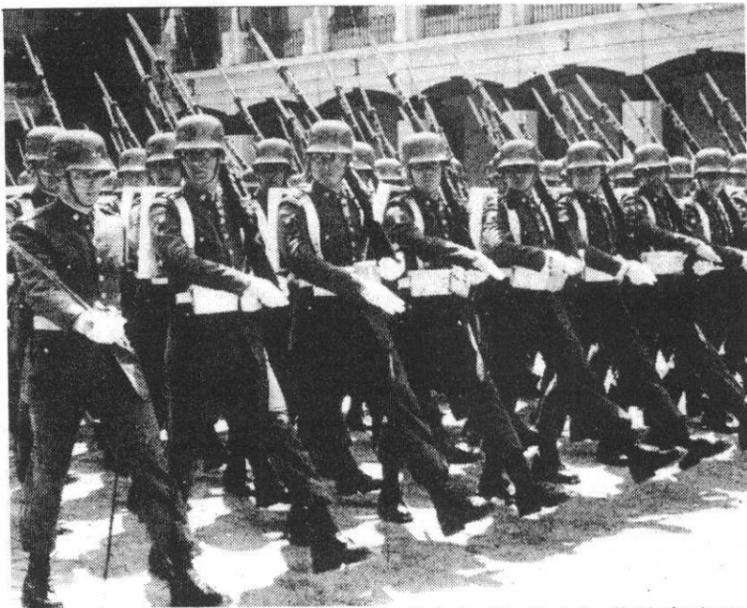
Arbeiter auf der Demonstration in Athen während des Generalstreiks am 14. November zeigen ihre Wut über Papandreu's Sparpaket.

tung einer sozialistischen Balkan-Föderation und eines sozialistischen Europa.

In der heutigen Situation fordert XEKINIMA die Bildung von Aktionsausschüssen mit Delegierten aus allen Betrieben, Geschäften, Büros, Ämtern, Schulen und Hochschulen, Wohnblocks und Vertretern der Selbständigen, um die Kämpfe der Arbeiter, Jugend und Mittelschichten wirksam zu koordinieren.

Das heutige vorrevolutionäre Griechenland ist ein Spiegelbild dessen, was in kommenden krisengeschüttelten Jahren auch auf alle anderen süd- und nordeuropäischen Länder zukommen wird. Darum wird die Redaktion VORAN auch weiterhin die Ergebnisse aufmerksam verfolgen und die wichtigsten Informationen an die Leser weitergeben.

Hans-Gerd Öfinger
Jungsozialist



Noch demonstriert Pinochet in großen Aufmärschen seine Macht, doch selbst in der Armee entwickelt sich der Widerstand zu seinem diktatorischen Regime.

Wann fällt Pinochet?

Das brutale Militärregime des General Pinochet hängt am seidenen Faden. Die letzte Großdemonstration in der Hauptstadt Santiago zählte über eine Million Teilnehmer bei nur 9 Mio. Einwohnern!

Das waren so viele wie in den letzten turbulenten Wochen der Regierungszeit Allendes, des von den Militärs ermordeten sozialistischen Ministerpräsidenten.

Staatsapparat und Militärregime sind bis ins Innere erschüttert. Die herrschende Klasse möchte die „demokratische Ordnung“, da die Junta nicht mehr zu halten ist. Doch Pinochet will nicht gehen. Und je länger er sich an die Macht klammert, um so schwieriger wird die „Demokratisierung“ von oben, um so mehr revolutionärer Druck baut sich auf.

Nach 13 Jahren Diktatur ist die chilenische Wirtschaft zum großen Teil zerstört; sie konnte dem internationalen Konkurrenzdruck nicht standhalten.

Ein Beispiel: In der zweitgrößten Hafenstadt des Landes, San Antonio, arbeitet nur noch eine einzige Fabrik mit 300 Arbeitern; 500 Arbeiter sind im Hafen angestellt, alle anderen arbeiten in Klein- und Kleinstbetrieben, in Beschäftigungsprogrammen der Regierung oder sind arbeitslos.

Die landesweite Arbeitslosenquote beträgt offiziell 30-32%; doch tatsächlich sind noch einmal 30-40% unterbeschäftigt. Nur 30% der Arbeiter sind also noch vollbeschäftigt — zu Hungerlöhnen. 80% der arbeitenden Chilenen verdienen durchschnittlich 350 DM monatlich — bei europäischem Preisniveau. Kein Wunder, daß Massenverarmung und Unterernährung rapide zunehmen: Chile ist heute nach Bolivien das zweitärmste Land Lateinamerikas!

Protesttage

Die Protesttage der letzten 2 Jahre zeigen die große Kampf- und Opferbereitschaft der Bevölkerung; 2.000 Chilenen ließen dabei ihr Leben. Auf die Bevölkerung der BRD umgerechnet entspräche dies über 12.000 Todesopfern. Als Ausdruck der tiefgreifenden Opposition haben sie das Regime erschüttert. Doch sie konnten es bisher nicht zu Fall bringen.

Denn die organisierte Arbeiterklasse hat sich noch nicht stark an den Protesttagen beteiligt. Einerseits wegen des Einschüchterungseffekts der hohen Arbeitslosigkeit; und andererseits weil diese Protesttage nach dem Willen ihrer Führung nicht das Regime stürzen, sondern

nur den Protest ausdrücken und Druck ausüben sollten. Zum entscheidenden Kampf gegen das Regime wurde nicht aufgerufen. Und nur für einen Protest mit Kochtöpfen ihren Arbeitsplatz zu riskieren, schien vielen ein zu hoher Preis.

Hauptverantwortung für diese „gemäßigte“ Politik trägt die Kommunistische Partei Chiles. Sie ist zur Zeit die am stärksten in der Arbeiterklasse verankerte Kraft, da die Sozialistische Partei in etliche Fraktionen gespalten ist und als Partei fast nicht existiert. Allerdings kann sich dieses Verhältnis bei zukünftigen freien Wahlen durchaus zugunsten der SP als traditionsreicher Partei Allendes umkehren.

Rolle der Parteien

Durch die Unterstützung der KP-Führung ist es den Christdemokraten gelungen, ihre blutbefleckte Vergangenheit vergessen zu machen. Sie haben 1973 die Stimmung gegen Allende angeheizt, den Putsch der Militärs begrüßt und lange Zeit unterstützt. Jetzt erlaubt die KP-Führung ihnen, sich als Oppositionsführer zu gebärden. Nur so konnten Christdemokraten gewerkschaftliche Schlüsselpositionen erlangen.

Statt die Arbeiterklasse sowie die Jugend und die unterdrückten Schichten der Bevölkerung in den Kampf gegen das Regime und für ein sozialistisches Chile zu führen, verfolgen SP und KP die Politik der Bündnisse und Allianzen mit bürgerlichen Kräften.

Trotz der Politik der Führung besteht die Möglichkeit einer revolutionären Streikwelle. Denn die Arbeiterklasse ist in jüngster Zeit zunehmend aktiv geworden. Es gab Streiks von Bergarbeitern, Textil- und Hafenarbeitern. Die Kupfer-Bergarbeiter bereiten einen Streik für März vor, der zum Generalstreik ausgeweitet werden soll. Dies würde das Ende der Militärs bedeuten — wenn sie nicht schon vorher durch einen Palastcoup gestürzt werden, was bei der Panik der herrschenden Klasse nicht auszuschließen ist.

Wie immer das Regime zu Fall kommt, es wird eine Phase größter Instabilität in Chile eröffnen. Die Massen werden versuchen, dort wieder anzuknüpfen, wo sie 1973 gewaltsam unterbrochen wurden. Die Periode der sozialistischen Revolution in Chile und damit auf dem lateinamerikanischen Kontinent wäre eröffnet, mit allen Konsequenzen für das internationale Finanzkapital, dessen Schicksal eng mit diesen hochverschuldeten Staaten verbunden ist.

von einem chilenischen
Korrespondenten

Kollege Soldat im Knast

Anfang Januar diesen Jahres wurden viele Jugendliche mit einer neuen Situation konfrontiert: Sie durften in die Kasernen einrücken. Fröhlich waren die meisten darüber nicht, aber 40% von ihnen waren eh im „Zivilleben“ arbeitslos. Allerdings bedeutet das Soldatenleben doch eine gewaltige Umstellung. So berichtet Franz Ohlen, Jungsozialist und ehemaliger Soldat, aus Aachen:

„Ich habe die Erfahrung gemacht, daß man als Soldat am politischen Leben nicht teilhaben darf. Am 01.04.1981 wurde ich zu den Fallschirmjägern in Wildeshausen eingezogen. Ich hatte nicht verweigert, denn in meiner politischen und gewerkschaftlichen Arbeit hatte ich mitbekommen, was für Altnazis noch im Bund sind und mit welchen Methoden und welchem psychischen Druck die in der Kaserne arbeiten. Ich wollte zur Bundeswehr gehen, um klarzumachen, was für Leute da sitzen.“

Am 30.04.1981 fand das öffentliche Gelöbnis statt.

Jeder Wehrpflichtige hat das Recht, dieses zu verweigern. Darauf weist sogar die Bundeswehrbroschüre „Recht für Soldaten“ hin.

Mit acht Kameraden nahm ich dieses Recht in Anspruch. Und was geschah? Wir kriegten ein Disziplinarverfahren und landeten 17 Tage im Bau.

Am 1. Mai 1981 nahm ich in Uniform an der DGB-Maiveranstaltung



Auch aus seiner Kompanie verweigerten letzten November 20 Rekruten das öffentliche Gelöbnis: Hauptmann Fechner von der 10. Panzerdivision in Sigmaringen

in Aachen teil. Ich wollte damit deutlich machen: Ich bin zwar in diese Uniform gepreßt worden, aber trotz meiner Zeit beim Bund bin ich weiterhin Arbeiter. Es folgte ein Verhör vom Hauptmann.

In die Zeit meines Jahresurlaubs fiel die Urteilsverkündung des Majdanek-Prozesses (ein Prozeß gegen KZ-Mörder). Ich war da — in Uniform. Auch als Soldat wollte ich gegen diese milden Urteile protestieren. Wenn man das mal umrechnet: Die Hauptverantwortlichen kriegten für jeden Mord, den sie begangen haben, eine Minute!

Ein ehemaliger KZ-Häftling in seiner „Uniform“ und ich in meiner führten die Demonstration an. Sofort versuchten Feldjäger, mich zu verhaften, was aber durch die anderen Demonstrationsteilnehmer verhindert wurde. Ein Feldjäger drehte durch und zog seine Pistole. Glücklicherweise fiel dabei das Magazin heraus, sonst könnte ich jetzt nichts mehr sagen.

Nach meinem Urlaub wurde ich ins Geschäftszimmer beordert und durch einen Hauptmann verhört. In dieser Woche war eine 36-Stunden-Übung angesetzt. Zwar durften wir nachts um zwei die Parkas anziehen, aber den Reißverschluß nicht zumachen und die Kapuze nicht aufziehen. Das ist auch so ein Beispiel für die Schikane, die beim Bund herrscht. Es wurde sehr kalt, und ich kriegte Nierenschmerzen. Morgens überwies mich der Stabsarzt ins Bundeswehrkrankenhaus Hamburg zur Nierenuntersuchung. Doch ich landete nicht in der urologischen Abteilung, sondern in der Psychiatrie. Dort wurde ich 10 Tage festgehalten, dann attestierte mir der Arzt, der erwiesenermaßen Mitglied der NPD war, „§51“ (nicht zurechnungsfähig), und ich wurde unehrenhaft aus der Bundeswehr entlassen.

Meine ehemaligen Kameraden haben sich sehr solidarisch verhalten. Ein Kamerad ist sogar zwei Tage in den Bau gewandert, weil er mittags vor versammelter Mannschaft den Hauptmann angeschrien hat: „Schweineerei, was ihr mit dem Ohlen gemacht habt!“ Andere haben Unterschriften gesammelt und in ihrer Resolution gesagt: Ein einfacher Soldat in Uniform darf sich nicht politisch betätigen. Aber Hauptmänner und Generäle gehen in Uniform auf das HIAG-Treffen und auf das Dönitz-Begräbnis (Dönitz: Admiral unter der NSDAP, Nachfolger Hitlers).

So eine „Schule der Nation“ ist unser Bund: Der einfache Soldat geht in den Knast, wenn er auf der Seite der Arbeiter und der Verfolgten ist, aber die Hohen Herren können ungestraft für die Nazis „demonstrieren“.



Unterschriftenaktion

Besser als erwartet

Die gelben Zettel fanden wir in der Auslage des SPD-Büros in Hannover. Wir nahmen einige mit in der Hoffnung, ein paar Unterschriften für den Kampf gegen die Angriffe der Regierung auf die Rechte der Gewerkschaften zusammenzukriegen. Außerdem wollten wir das politische Klima in unserem Betrieb erkunden, denn in Diskussionen kriegte man oft einen Einwand zu hören: „Die Arbeiter von heute sind viel zu verwöhnt, zu bequem, zu unbeweglich, mit den Zuständen zufrieden.“

Unsere Erwartung wurde nicht erfüllt, sie wurde übertroffen. „So was unterschreibe ich immer!“ sagte uns ein älterer Kollege. Andere machten uns Vorwürfe, daß wir nur einen Zettel dabei hatten: Sie hätten auch noch welche mitnehmen wollen, um ihren Bekanntenkreis „abzuklappern“.

Wir arbeiten in einer Branche, in der noch nie gestreikt wurde, in der es keine einheitliche Gewerkschaft und keine verbindlichen Tarifverträge zwischen Arbeiter- und Unternehmerorganisationen gibt. Aber die Ursache dafür ist bestimmt nicht der Mangel an Kampfeswille!

Reaktion eines weiteren Kollegen: „Warum soll ich das unterschreiben, da kann man sowieso nichts machen!“ Wenig später, nachdem mehrere Kollegen unterschrieben hatten, fanden wir auch seine Unterschrift auf unserer Liste.

Wir waren überrascht über die Wirkungen, die eine scheinbar belanglose Aktion wie das Sammeln von Unterschriften schon zeigen kann. Wir werden noch ein paar Zettel abholen, um sie den Kollegen mit nach Hause zu geben.

Derk Winnacker, Hannover
Jungsozialist

Jugend in der DDR

Mit dem Alter wächst der Widerwille

Das Leben eines Jugendlichen in der DDR unterscheidet sich in vielen Dingen von dem in der BRD. In vielen Aspekten hat er weniger Probleme.

So steht für jeden nach der Schule ein Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zur Verfügung. Alle Schüler ab Klasse 11 erhalten eine finanzielle Beihilfe, alle Studenten ein Stipendium von 200 DM monatlich. Das ist, im Vergleich zu uns, schon ein Fortschritt. Aber richtig einschätzen kann man das erst, wenn man weiß, daß ein Platz im Studentenwohnheim 10 DM monatlich Miete kostet, alles inklusive. Und um diese Plätze braucht man sich nicht zu schlagen — es gibt genug (allerdings nur 2-Bett-Zimmer).

Auch die Fahrkosten hören sich traumhaft an für unsere Ohren: Für eine Bahnstrecke von 40 Kilometern zahlt ein Schüler 45 Pfennige! Diese Preise sind möglich, weil es in der DDR eine Planwirtschaft gibt.

Von früher Kindheit an spielt das Leben in der Gruppe eine große Rolle — bei den jungen Pionieren, ab 10. Lebensjahr bei den „Ernst-Thälmann-Pionieren“, ab der 8. Klasse bei der Freien Deutschen Jugend (FDJ). Zwar ist die Teilnahme „freiwillig“, bei Nicht-Beitritt erwarten die Kinder und Jugendlichen aber Nachteile in der Schule, denn „Leistungen für die Allgemeinheit“ (z.B. Aufbau von Kultur-, Photo-, Musikgruppen) spielen eine große Rolle auf den Zeugnissen. Wenn man zum Beispiel die Mitarbeit bei der FDJ aus ideologischen Gründen ablehnt und statt dessen in kirchlichen Organisationen aktiv ist, kann man keinen erzieherischen Beruf mehr ergreifen.

Den meisten Kindern und Jugendlichen macht diese Gruppenarbeit viel Spaß, doch mit zunehmendem Alter wächst auch der Widerwille gegen den Zwang. Ähnlich ist es auch in anderen Bereichen. So ist Voraussetzung für eine leitende Position die Zugehörigkeit in der SED. Das hat zur Folge, daß viele Leute in die Partei eintreten — nicht etwa, weil sie von der Richtigkeit der SED-



Noch macht es ihnen Spaß, in der Gruppe sinnvolle Arbeit für die Gemeinschaft zu leisten: Jugend in der FDJ.

Positionen überzeugt sind, sondern einfach, um Karriere zu machen.

Das Studium des Marxismus/Leninismus (ML) spielt während der gesamten Schul- und Studienzeit eine wichtige Rolle, es ist Prüfungsfach. Selbst wenn man in seinen Leistungsfächern gut ist, aber in „ML“ nicht, so wird die Gesamtnote schlechter. Ein Schüler sagte: „Das machen die, damit wir vor lauter Widerwillen nicht mehr auf die Idee kommen, uns mit den Gedanken von Marx und Engels wirklich auseinanderzusetzen.“

Davor haben die Bürokraten mit

Recht Angst: Wenn nämlich die Mehrheit der Bevölkerung sehen würde, daß die großen Lehrer sich den Sozialismus etwas anders vorgestellt haben, als sich das in der DDR darstellt — nämlich daß die Masse der Bevölkerung ihr Schicksal zum ersten Mal in die eigenen Hände nimmt — dann wäre das Ende der Bürokratenherrschaft schnell gekommen.

Dann würden nämlich Eltern, Jugendliche und Lehrer gemeinsam entscheiden und sich die Bevormundung und den Zwang von oben nicht mehr gefallen lassen.

Für bessere Umwelt

Wir wollen Nulltarif im Nahverkehr!

Jeden Morgen dasselbe Bild. Zehntausende von Autos, in jedem eine Person, fahren in die Stadt. Abgaswolken. Staus. Jeder muß zur Arbeit. Die Abgase zerkücheln alte Sandsteingebäude. Die Anwohner großer Hauptstraßen leiden unter Lärm und bekommen im Durchschnitt häufiger Krebs und andere Krankheiten. Die Blätter der Bäume an den Straßenrändern werden bereits im Sommer gelb. Und wie stellt sich die Alternative zum Individualverkehr, der öffentlichen Personennahverkehr, dar?

Die Busse haben regelmäßig Verspätung, sie bleiben selber im Stau hängen. Die Taktzeiten sind viel zu lang. Wenn man umsteigen will, muß man nicht selten zehn Minuten warten. Die Fahrpreise sind total überhöht, und die S-Bahn ist zu den Stoßzeiten hoffnungslos überfüllt. Was ist also zu tun, wenn man diese Schreckensbilder nicht jeden Tag von neuem erleben will?

Zuerst müssen für die Straßenbahnen gleiseigene Körper und für die Busse Busspuren gebaut werden. Die Taktzeiten müssen verkürzt werden, mehr Züge und Busse eingesetzt und der Fahrpreis drastisch gesenkt werden, am besten auf den Nulltarif. Außerdem müssen bisher schlecht erschlossene Stadtteile nicht nur mit dem Bus, sondern auch mit der Straßenbahn erreicht werden können, das heißt: Streckenausbau.

Nun stellt sich natürlich die Frage nach dem Kostenpunkt. Hier soll

man zunächst einmal die Kosten betrachten, die wegfallen, wenn die Pendler auf die Nahverkehrsmittel umsteigen würden:

— Da sind die immensen Folgekosten, die durch die Schädigung an Mensch und Natur, durch die Umweltverschmutzung, durch die Autoabgase entstehen. Diese Kosten bewegen sich in Milliardenhöhe. Teilweise sind die Schädigungen sogar irreparabel, z.B. bei historischen Bauwerken.

— Da sind Kosten, die durch die oft langwierigen Krankenhausaufenthalte von Verkehrsunfallopfern entstehen.

— Da sind die riesigen Straßenbau- und Erneuerungskosten, die in diesem Maße nicht mehr auftreten würden, wenn die Straßen nicht mehr so häufig benutzt würden.

Auch der Einzelne hätte Vorteile. — Da ist der enorme Benzinverbrauch, der durch den Individualverkehr entsteht. Wenn das Öl ausgeht, ist das Gejammer groß.

— Da sind die Kosten, die durch den Kauf und den Unterhalt eines Autos entstehen.

Durch den Wegfall dieser Kosten wäre der Nulltarif bezahlbar. Und wenn dem Staat tatsächlich noch Mehrkosten anfallen würden, so würde es keine Probleme bereiten, diese zu bezahlen. Schließlich ist ja auch Geld für immer neue Waffensysteme da, die sicherlich nicht so sinnvoll sind wie der Nulltarif.

Wenn der Individualverkehr zu

Gunsten des öffentlichen Personennahverkehrs zurückgedrängt würde, würden natürlich nicht mehr so viele Autos benötigt wie zur Zeit. Daß dadurch Arbeitsplätze vernichtet würden, ist nur dann richtig, wenn die Arbeitszeit in der Automobilindustrie nicht gesenkt würde. Dies ist aber schon deshalb unbedingt nötig, weil zur Zeit wahnsinnige Überkapazitäten existieren, die irgendwann zum Kollaps in dieser Branche führen werden.

Daß eine Arbeitszeitverkürzung natürlich nur bei vollem Lohnausgleich durchgeführt werden darf, versteht sich von selbst. Warum soll der von den Arbeitern erwirtschaftete Reichtum nur den Kapitalisten zugute kommen? Die Mittel wären vorhanden, Daimler-Benz z.B. hat nach dem Ankauf von AEG immer noch etwa 10 Mrd. DM als flüssige Mittel zur Verfügung.

Aber solange Daimler-Benz und die anderen Automobilkonzerne noch in der Hand von einigen wenigen Aktionären sind, die nicht die Lebensverhältnisse der Bevölkerung verbessern wollen, sondern nur auf einen möglichst hohen Profit aus sind und durch ihre wirtschaftliche Macht extrem großen politischen Druck auf die Regierungen ausüben können, wird der Nulltarif sicherlich nicht eingeführt werden.

Boris Kanzleiter, Stuttgart
Jungsozialist

ÖTV-Tarifrunde

Volle Durchsetzung nur durch Streik

Die Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes ÖTV fordert für ihre Mitglieder weder Spenden in Millionenhöhe noch Gehaltsanpassung in Diätenhöhe. Sie kämpft für die bescheidene Forderung nach durchschnittlich 6% mehr Lohn bei verstärkter Anhebung der unteren und mittleren Einkommen, höhere Ausbildungsvergütungen und die Rücknahme der Kürzungen in der Krankenpflegeausbildung. Damit kann nicht einmal der Reallohnabbau der letzten Jahre aufgeholt werden.

Dennoch sind die Spitzenverdiener in den Staatsministerien nicht bereit, diese Forderung zu erfüllen.

Die Krise des Kapitalismus hat dazu geführt, daß das Kapital bei der Jagd nach Profiten den Staatssektor besonders unter Beschuß nimmt. Die zentralen Forderungen der Unternehmer lauten: Abbau von Leistungen und Personal im sozialen und gesamten öffentlichen Bereich und Privatisierung profitabler staatlicher Unternehmen.

Alles was durch Reformen in den 60er und Anfang der 70er Jahre von den Gewerkschaften und der SPD durchgesetzt wurde, soll dem Rotstift des Bürgerblocks zum Opfer fallen.

Über 4 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte, das sind ca. 1/4 aller Lohnabhängigen, sind im öffentlichen Dienst beschäftigt. Sie sind von dieser Politik direkt betroffen.

Bereits die SPD/FDP-Regierung hat unter dem Druck des Kapitals Angriffe gegen den öffentlichen Dienst geführt. Mit der sogenannten „Operation 82“ wurden allein bei Bundesämtern 3.000 Stellen gestrichen. Beamtenanwärter (also Auszubildende) erhielten ab Januar 82 je nach Gehaltsgruppe zwischen 58% und 13% weniger Bezüge.

Gleichzeitig wurden die Besoldungsanpassungen für Beamte gegenüber Arbeitern und Angestellten um 3 Monate hinausgeschoben.

CDU-Regierung

Nachdem die Unternehmer im Herbst 1983 den Regierungswechsel durchgesetzt hatten, wurden auch die Angriffe auf den öffentlichen Dienst verstärkt.

Die Erhöhung der Beamtenbezüge wurde gegenüber der Tarifierhöhung für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst wiederum verschoben. Diesmal um zwei Monate. Außerdem mußten sich die Beamten mit 2% Erhöhung zufriedengeben. Damit nicht genug, wurde auch noch die Versorgungspauschale für Beamte gekürzt.

Für Arbeiter und Angestellte wurde per Tarifvertrag 1983 die Altersversorgung auf 90% des letzten Nettoeinkommens gekürzt.

Kürzungen

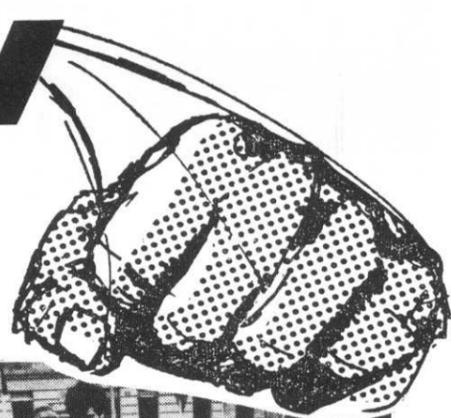
Die Beamtenanwärterbezüge wurden ab Januar 1984 erneut gekürzt. Für 1984 beschloß die Bundesregierung folgende Kürzungen:

- Verschiebung der Lohn- und Gehaltsanpassung auf den 1.4.1985
- Senkung der Eingangsbesoldung im höheren und gehobenen Dienst während der Probezeit und weitere zwei Jahre. Entsprechende Kürzung der Anwärterbezüge.

- Wegfall der Regelung über den Versorgungsanpassungszuschlag sowie Kürzung bestehender Anpassungszuschläge um 1/3.
- Wegfall des Zuschusses zur Gemeinschaftsverpflegung.

Diese Maßnahmen führten im Jahre 1985, dem ersten Jahr der vollen Wirksamkeit, zu Einkommensverlusten von 8,5 Milliarden DM im gesamten öffentlichen Dienst.

ötv



Seit mehr als sechs Jahren Reallohnverlust — jetzt müssen wir das unzureichende Angebot der Regierung vom Tisch fegen!

Letzte Tarifrunde

Bei der letzten Tarifrunde wollte die CDU-Regierung ursprünglich eine Nullrunde durchsetzen. Sie machte einen Rückzieher, als die ÖTV mit Streik drohte. Diese Schwäche der Regierung wurde jedoch nicht voll genutzt. Das Ergebnis von 3,2% ab Januar 1985 (nach einer Übergangsregelung für September bis Dezember 1984) bedeutete Reallohnverlust. Die jetzt geforderten 6% sind daher vor dem Hintergrund massiver Kürzungen der letzten Jahre äußerst bescheiden.

Das Kräfteverhältnis für die volle Durchsetzung der Tarifforderungen im öffentlichen Dienst ist günstig. Der Hauptgegner der Gewerkschaften ist die Bundesregierung. Die Kohl-Regierung ist skandal- und krisengeschüttelt. Ihre Unterstützung und ihr Ansehen sind stark zurückgegangen, wie Landtagswahlen und Umfragen zeigen. Dies muß von den Gewerkschaften genutzt werden.

Streik

Auf den letzten ÖTV-Kongressen waren sich die Delegierten einig, daß ohne Arbeitskämpfe in Zukunft keine Ziele mehr erreicht werden. Daher müssen parallel zu den Verhandlungsrunden die Mitglieder mobilisiert und konkrete Streikvorbereitungen getroffen werden. Die Gewerkschaftsmitglieder dürfen nicht zu Beobachtern der Tarifrunde verdammt sein. Sie spielen sonst die Rolle eines Bataillons, das von seinen Führern nicht an die Front gelassen wird, mit dem sie dem Feind allenfalls drohen.

Es ist aber ein himmelweiter Unterschied, ob die Mitgliedschaft an der Durchsetzung einer Gewerkschaftsforderung direkt beteiligt ist oder nicht. Klassenbewußtsein und Solidarität entwickeln sich am besten im Kampf selbst. Das beweisen auch die Streiks im öffentlichen Dienst, die bisher geführt wurden.

Für die Masse der Mitgliedschaft ist es wichtig zu erfahren, daß die Arbeiter etwas erreichen können, wenn sie gemeinsam kämpfen. Wie soll diese wichtige Erfahrung gemacht werden, wenn an grünen Tischen Kompromisse ausgehandelt werden ohne zu kämpfen? Wie soll das Selbstbewußtsein der Arbeiter, Angestellten und Beamten für die künftigen Auseinandersetzungen gestärkt werden?

Die Durchsetzung der Forderungen ist nur durch umfassende Streikmaßnahmen zu erreichen.

Ursel Beck, Stuttgart
Juso-AG Mitte

Interview mit einer Krankenpflegeschülerin



„Malochen wie die Schweine, aber Knete kriegtste keine“ — Krankenpflegeschüler protestieren gegen Kürzungen.

Wo wirst Du ausgebildet?

Ich werde am psychiatrischen Landeskrankenhaus in Winnenden ausgebildet. Ich habe letztes Jahr im April angefangen und befinde mich im Unterkurs, das entspricht dem ersten Ausbildungsjahr.

Wann habt ihr zum ersten Mal von der Kürzung der Ausbildungsvergütungen erfahren, und wie habt ihr darauf reagiert?

Durch Presse und Fernsehen haben wir zuerst davon erfahren. Das war so im Juni 85. Aber wir haben zuerst gar nicht gewußt, was eigentlich los ist und bei wem jetzt ab wann gekürzt werden soll. Inzwischen wissen wir ja, daß die Kürzung nur bei den Auszubildenden durchgeführt wird, die neu anfangen. Wir selber — also die Auszubildenden, die davor angefangen haben — sind von dieser Kürzung nicht direkt betroffen. Aber wir wissen natürlich, daß dieser Angriff nur ein Anfang ist. Wenn es den Arbeitgebern gelingt, diese Kürzung so vollends durchzusetzen, werden auch unsere Tarife und Vergütungen unsicher.

Die Kürzung wird damit begründet, daß ihr in Zukunft mehr Theorieunterricht habt und weniger Praxis, also weniger auf Station seid. Stimmt das, und wie sehen eure Arbeitsbedingungen aus?

Ja, das stimmt schon, aber das rechtfertigt noch lange nicht diese Kürzung. Auch wenn wir weniger auf Station sind, so sind die Bedingungen dort viel anstrengender für uns als z.B. in einer normalen Ausbildung. Wir müssen jede zweite Woche Wochenenddienst machen, auch an den Feiertagen, da wechseln wir uns ab. Außerdem haben wir immer Schichtdienst. Wir können uns auch nicht aussuchen, wann wir Urlaub machen wollen.

Wir brauchen die Ausbildungsvergütung in der jetzigen Höhe. Ich komme heute schon kaum mit dem Geld aus. Teure Bücher z.B. müssen wir zum Teil selbst kaufen.

Wie habt ihr euch bisher gegen diese Kürzungen gewehrt?

Im August haben wir uns mit Schülern von anderen Krankenhäusern im Rems-Murr-Kreis getroffen und Informationen und Erfahrungen über bisherige Aktionen ausgetauscht, die schon stattgefunden hatten, also z.B. Infostand in der Fußgängerzone mit Flugblattverteilung, Unterschriftensammlung und Blutdruckmessung. Eine ähnliche Aktion haben wir anschließend vor dem Psychiatrischen Landeskrankenhaus durchgeführt, wobei wir vor allem Angehörige von Patienten angesprochen haben.

Kürzungen nicht gerechtfertigt

Hat euch die ÖTV bei diesen Aktionen unterstützt?

Ja, das Treffen im August fand auf Vorschlag der ÖTV statt. Die ÖTV hat auch die Flugblätter und Unterschriftenlisten gestellt.

Zur Zeit laufen die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst. An erster Stelle der Forderungen der ÖTV steht die Rücknahme der Kürzung der Ausbildungsvergütungen von Krankenpflegeschülern. Was habt ihr davon bisher mitgekriegt?

Nach der Aktion im August haben wir ziemlich lange nichts mehr von der ÖTV gehört. Anfang Dezember war bei uns noch eine Personalversammlung. Dort wurde die Kürzung von den anwesenden ÖTV-Funktionären angesprochen, ansonsten war das kein großes Thema auf dieser Versammlung.

Am 14. Dezember war ja dann die Demonstration in Köln. Eineinhalb Wochen vorher hatte unsere Kontaktperson zur ÖTV einen Brief erhalten, in dem die ÖTV schrieb, daß

sie einen Bus für die Fahrt zur Demo zur Verfügung stellt und wissen wollte, wieviel von uns mitfahren wollten. Das war dann aber ein ziemliches Hin und Her, ob der Bus wirklich fährt. Einen Tag vor der Demo wurde uns endgültig zugesagt, daß der Bus fährt und und dann sind leider nur noch sieben von unserem Krankenhaus mitgefahren. Die Demo selbst fand ich ziemlich lasch. Wir wurden vor allem durch unbelebte Straßen geführt. Gut war, daß auch einige ältere Krankenpfleger dabei waren und zeigten, daß sie uns unterstützen. Das beste an der Demo war eigentlich, daß der Spruch „Malochen wie die Schweine, aber Knete kriegtste keine“ in der nächsten Woche an der Hauswand unserer Schule in Winnenden zu lesen war.

Ich möchte VORAN abonnieren... und habe 9.60 DM auf das Postscheckkonto VORAN zur sozialistischen Demokratie Nr. 2500 59-430. PschA Essen überwiesen (Abopreis für sechs Ausgaben) Lieferung erfolgt ab Nr.82 nach Zahlungseingang. Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Name: _____

Anschrift: _____